7. Jahrgang
Nummer 158

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 16. Juli 1925

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen [illegible] Pfg. Reklamepreis: Die [illegible] gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 80 Pfg. Postscheckkonto: Breslau [illegible]

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschafter", „Rote Hilfe"
„Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße [illegible], Telephon: Breslau, Ring 8837. Filialexpeditionen: [illegible] weg 41 b, Lauban, [illegible] Görlitzer Straße 1, Liegnitz, [illegible] Straße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 8 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telephon: [illegible] R. 8837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Der Aufwertungsbetrug Gesetz!

Vom Reichstag angenommen — von Hindenburg verkündet

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 16. Juli.

Gestern fand im Reichstag die dritte Lesung des Aufwertungsgesetzes statt. Nach Beendigung der allgemeinen Aussprache, in der Genosse Korsch noch einmal die Aufwertungskomödie, die Haltung der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten einer scharfen Kritik unterzieht, stellt die kommunistische Fraktion den Antrag auf Zurückweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuß. Das wird abgelehnt.

Dann begannen die Abstimmungen. Alle von Kommunisten, Völkischen und Sozialdemokraten gestellten Abänderungsanträge, die forderten, den Aufwertungssatz von 25 auf 40 Prozent zu erhöhen, wurden abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde das Aufwertungsgesetz sodann mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ferner war der Antrag gestellt, die Verkündung des Gesetzes auf zwei Monate zu verschieben, da mit Hilfe des Reichspräsidenten Hindenburg ein Volksentscheid über diese Frage herbeigeführt werden sollte. Auch dieser Antrag wird abgelehnt und dafür sogar ein anderer angenommen, der das Gesetz als „dringlich" bezeichnet.

*

Im Reichsrat angenommen!

Die bürgerliche Morgenpresse meldet:

Berlin, 16. Juli.

Der Reichsrat beschäftigte sich heute abend in nicht öffentlicher Sitzung mit dem Aufwertungsgesetz. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der Reichsrat dem Gesetz in der Fassung zugestimmt, wie es vom Reichstag heute abend in dritter Lesung verabschiedet worden ist.

*

Das Abwertungsgesetz von Hindenburg verkündet!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Juli.

Der Appell der betrogenen Inflationsopfer an Hindenburg ist ungehört verhallt. Der Herr Reichspräsident hat den schwerindustriellen und großagrarischen Parteien zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß — wie es heißt — die dritte Steuernotverordnung heute abläuft, ist das Aufwertungsgesetz noch heute nacht vom Reichspräsidenten verkündet worden.

*

Die Reichsregierung zur Zoll- und Sicherheitsfrage!

(Eigene Drahtberichte.)

Berlin, 16. Juli.

In einer Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien über die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag wurde festgelegt, daß an der schleunigen Verabschiedung der Vorlage auf jeden Fall noch vor den Reichstagsferien festgehalten werden müsse. Besonders wichtig ist die ausdrückliche Erklärung der Reichsregierung, daß sie auf der Einführung der Agrarmindestzölle beharre und daß ohne sie die Zollvorlage für die Regierung unannehmbar sei. Alle irgendwie gearteten Abänderungen wie gleitende Zölle, Bereitschaftszölle und Verhandlungszölle müsse die Regierung ablehnen.

Nach einem Comunique der Reichsregierung und Mitteilungen der Abendpresse ist es in der Sitzung des Reichskabinetts zu einer völligen Einigung über die Antwort auf die französische Note gekommen. Die Schlußredigierung der beschlossenen Antwort wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags und des Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat.

*

Es ist klar, daß die Erklärung in der Zollfrage gegen alle gemutmaßten Kompromisse den Zweck haben soll, die Deutschnationalen gerade in diesem Augenblick bei der Stange zu halten. Die Antwortnote an Frankreich wird in den nächsten Tagen bereits abgehen müssen. Es ist deshalb von größtem Interesse für die Reichsregierung, daß die Angriffe deutschnationaler Außenseiter gegen Stresemann aufhören.

Vor internationalen Bergarbeiterkämpfen

Die Probe auf die internationale Gewerkschaftseinheit

London, 16. Juli.

Bei den Besprechungen im Delegiertenausschuß des britischen Bergarbeiterverbandes wurde beschlossen, den Untersuchungsausschuß der Regierung über die Lage der Bergarbeiter abzulehnen. Ferner wurde erklärt, daß, wenn die Bergherren doch zu einer Lohnherabsetzung schreiten, am 1. August der Generalstreik ausbrechen würde, der von weitgehenden politischen Folgen begleitet sein könnte. 20 000 Bergarbeiter stehen bereits im Streik. Der Generalrat der Gewerkschaften beschloß, alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufzufordern, den Kampf der Bergarbeiter zu unterstützen.

Der Sekretär der Bergarbeiterföderation Cook erklärte in einer Rede: „Die Bergarbeiter wünschen den Frieden; aber wenn es zum Kampfe kommt, wird es ein internationaler Kampf sein. Ich warne die Unternehmer und die Regierung es zu einem Konflikt kommen zu lassen, denn er würde von einem Ausmaße sein, wie ihn England noch nicht erlebt hat.

Die Verhandlungen der englischen Regierung mit den Bergarbeitern sind nunmehr abgebrochen. Die Zechenbesitzer hatten zwar ihre unverschämten Vorschläge in der Lohnfrage zurückgezogen, aber nur unter der Bedingung, um sie in Kürze zu wiederholen. Die englischen Gewerkschaften wenden sich mit Entschiedenheit gegen jede Lohnverminderung und Arbeitszeitverlängerung. Die Worte des Bergarbeiterführers Cook lassen keinen Zweifel darüber entstehen, daß den Bergarbeitern Englands jedes Kampfmittel recht ist, die drohenden Schläge der Bergherren abzuwehren. Kämpfe riesigen Ausmaßes stehen vor der englischen Bergarbeiterschaft. Die gesamte englische Arbeiterschaft sympathisiert mit den kämpfenden Bergarbeitern. Aber darüber hinaus fordert der britische Bergarbeiterverband internationale Solidarität. Internationale Solidarität jedoch erfordert internationale Gewerkschaftseinheit. Zum erstenmal, seitdem die englischen und russischen Gewerkschafter um die Einheitsfront gekämpft haben, macht sich dieselbe jetzt praktisch notwendig. Es wird sich jetzt zeigen, ob die Reformisten, nur weil sie die Kommunisten in den Gewerkschaften fürchten, gegen die Einheitsfront kämpfen oder ob sie sich auch gegen die Einheitsfront wenden, weil sie die internationalen Kämpfe der Arbeiterschaft sabotieren wollen. Solidarität mit den englischen Bergarbeitern ist das Gebot der Stunde, Kampf um die Gewerkschaftseinheit, weil auch die deutschen Bergarbeiter vor großen Kämpfen stehen, wobei sie dringend die Unterstützung und die Einheit aller freigewerkschaftlichen Organisationen brauchen.

In Deutschland brechen täglich Teilkämpfe aus. Massenentlassungen, Stillegungen und Lohnabbau sind im ganzen Reich, besonders im Ruhrgebiet, an der Tagesordnung. Die letzten Meldungen besagen, daß die Kämpfe in der Textilindustrie sich ausbreiten, daß 120 000 Bauarbeiter auf der Straße liegen, daß die nordwestliche Metallindustrie und die Bergarbeiter des Saargebietes im Kampfe stehen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Zeitungen berichten nichts von diesen Kämpfen und verschweigen die Notwendigkeit derselben. Sie werden die im Teilstreik stehenden deutschen Arbeiter allmählich verbluten lassen. Es zeigt sich erneut, daß die deutschen Gewerkschaftsführer die entschiedensten Fechter gegen die internationale Gewerkschaftseinheit, auch die Saboteure jeglicher Lohn- und Arbeitskämpfe der deutschen Arbeiterschaft sind. Schwere Kämpfe stehen dem deutschen und internationalen Proletariat bevor. Noch nie war die internationale Gewerkschaftseinheit von solcher Notwendigkeit wie in dem jetzigen Augenblick. Nehmt in jeder Gewerkschaftsversammlung, in jeder Belegschaftsversammlung zur Frage der Gewerkschaftseinheit Stellung und fordert von den Gewerkschaftsführern klare und eindeutige Antwort, ob sie bereit sind, für die Einheit der Gewerkschaften einzutreten, oder ob sie damit einverstanden sind, daß die jetzt international ausbrechenden Arbeitskämpfe lokal niedergeschlagen werden.

Es ist nicht von ungefähr, daß der Kampf der englischen Gewerkschaften um die Einheitsfront zusammenfällt mit ihrem Kampf um die Gewerkschaftseinheit. Die englischen Gewerk-

Ruth Fischer über die politische Lage

Der 10. Parteitag

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Juli.

In der gestrigen Morgensitzung des Parteitages hielt zunächst Genosse Geschke ein Schlußwort über die organisatorischen Aufgaben. Die vorgelegten Resolutionen wurden mit kleinen Aenderungen angenommen.

Die Nachmittagssitzung begann mit einem Referat über die politische Lage der Genossin

Ruth Fischer

Aus ihrer Rede, die wir später im Wortlaut wiedergeben werden, bringen wir für heute folgende Stellen.

Ruth Fischer erinnerte zunächst an die Hetze, mit der die SPD. uns bekämpft. Das Verbot 1923—1924, die Verfolgungen bei den Reichstagswahlen kommen auf ihr Konto. Ihre letzte Schandtat war die Denunziation des Exekutivvertreters auf dem Parteitag durch die „Leipziger Volkszeitung". Die SPD. wirft uns vor, daß wir verschiedenes zurücknehmen und korrigieren müssen. In den Hauptpunkten haben wir nichts zurückzunehmen. Die Stabilisierung steht auf schwachen Füßen. Der Dawes-Plan ist auf der ganzen Linie schon ersichtlich zusammengebrochen. Neben ihm sind die Hauptschwierigkeiten des Weltimperialismus Sowjet-Rußland und China. Auch in Deutschland fällt der Kampf um die nationale Frage mit dem um die soziale Frage zusammen. Deutschlands Imperialismus ist ein Afterimperialismus. Der Garantiepakt garantiert nichts anderes als den Krieg. Die Aufhebung der Besatzung geschieht nur, weil ganz Deutschland durch die Kommissare besetzt ist. Die neuen Zölle sind die logische Folge des Dawes-Paktes. Wir müssen nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Kleinbürgern begreiflich machen, welche Lasten auch für sie die Zölle bringen.

Die Hetze der SPD. gegen die nach Sowjet-Rußland gesandte Arbeiter-Delegation entspringt der Furcht, daß die Arbeiter in Rußland sehen werden, was dort ist und daher begreifen werden, wie es in Deutschland aussieht. Kautsky hat noch in seinen alten Tagen umgelernt. Er predigt bewaffnete Intervention gegen Sowjet-Rußland und Gewährung von Krediten höchstens gegen politische Konzessionen. Die Differenzen im Volksblock im Gefolge der Hindenburg-Wahlen haben wir auszunutzen. Daneben haben wir auf mühevolle langsame Schulungsarbeit Wert zu legen. Wir sind weit davon entfernt, unsere Taktik zu revidieren. Die anderen haben zu revidieren. Genosse Meyer und die Ultra-Linken verstehen nicht, daß neue Situationen eine andere Taktik verlangen. Der Brief des Exekutiv-Komitees an den Parteitag charakterisiert sehr gut die Gründe der Lebensfähigkeit der SPD., die dann gedeiht, wenn es dem Kapitalismus gut geht, und dann nicht nur die Revolution, sondern auch absolut reformistische Ziele verrät. Nebenher sind unsere eigenen ultralinken Dummheiten ein Hauptgrund, daß die SPD. noch lebt. Die Vorwürfe des Opportunismus, die Paul Levi gegen uns erhebt, sind überraschend ähnlich den ultralinken Argumenten. Gegenüber der imperialistischen Einigung gegen Sowjet-Rußland haben wir besonderen Wert auf schärfste Propagierung des Charakters der Dritten Internationale zu legen. Wenn ultralinke Gruppen zur Fraktionsbildung schreiten, so wird ihnen das eiserne „Nein" der Partei entgegengehalten. Ebenso wie Frankfurt die Brandlerianer erledigt hat, wird sich die Partei auch gegen ultralinke Fraktionsbildung wehren. Heute ist für unsere Partei auch besonders wichtig die Einheit, Geschlossenheit und Arbeitsfähigkeit.

Am Mittwochabend fand ein überfülltes Massenmeeting in der Hasenheide statt.

schafter haben erkannt, daß zum Siege gegen das scharfmacherische geeinte Unternehmertum die geeinte Klassenfront des Proletariats geschaffen werden muß. Mögen die deutschen Kommunisten, als Vorkämpfer der Einheitsfront der Arbeiter in Deutschland, jeden Sozialdemokraten und Unorganisierten von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes und der gewerkschaftlichen Einheit überzeugen.

Die Ruhrkatastrophe

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 16. Juli.

Der Ruhrbergbau hat im letzten Monat einen weiteren 27 prozentigen Rückgang seines Absatzes zu verzeichnen. Die in der ersten Hälfte des Monats ausgesprochenen Entlassungen umfassen nach Mitteilung der Bergarbeiterverbände 7200 Mann. Von einigen Werken wird bereits die 50prozentige Einschränkung zum 1. August in Aussicht genommen.

Massenentlassungen und Arbeitszeitverlängerung

Essen, 16. Juli.

Der Zechenverband für Rheinland und Westfalen hat sich damit beschäftigt, die Kündigung des laufenden Arbeitszeitabkommens zu erwägen. Das Abkommen ist am 1. August zum 30. September kündbar. Die Unternehmer vertreten die Ansicht, daß die Behebung der Wirtschaftsnot unbedingt die Einführung längerer Arbeitszeit erforderlich mache. Es besteht große Wahrscheinlichkeit dafür, daß es zur Kündigung des Arbeitszeitabkommens kommt. Die Massenkündigungen und gleichzeitige Arbeitszeitverlängerung passen auf jeden Fall sehr gut zusammen ins Bild des stabilisierten Deutschland.

Eine Studienkommission der Bergarbeiterinternationale geht nach Rußland

In der Sitzung der Bergarbeiterinternationale, die am Montag in London stattfand, wurde endgültig die Zusammensetzung der nach **Rußland zu entsendenden Studienkommission** beschlossen. An der Kommission werden die Vertreter der **englischen, deutschen, belgischen und polnischen Organisationen** beteiligt sein. Auch die deutschen Vertreter (Husemann, Limbertz und Dr. Berger) stimmten dem Beschluß zu.

In Deutschland entfalten die Reformisten eine wüste Hetze gegen die Arbeiterdelegationen, die nach Sowjet-Rußland entsandt werden. Durch schlimmsten Terror, oft im offenen Bunde mit den Unternehmern, suchen sie die **Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter** an solchen Delegationen zu verhindern. Die Tatsache, daß sie auf internationalen Kongressen gezwungen sind, für Delegationen zu stimmen und an ihnen teilzunehmen, beweist den **starken Einheitswillen der Bergarbeiter aller Länder.**

Die deutschen Arbeiter müssen den ADGB.-Kongreß in Breslau veranlassen,

auch seinerseits eine Rußlanddelegation zu entsenden.

Sie müssen **in allen Betrieben und Gewerkschaften dazu Stellung nehmen** und ihre Willenskundgebung dem ADGB.-Kongreß übermitteln.

Sie müssen aber gleichzeitig auch dafür sorgen, daß zum Kongreß Delegierte entsandt werden, die voll und ganz auf dem Boden der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit stehen.

Der Lohnkonflikt in den Berliner Gas- und Wasserwerken

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 16. Juli.

Im Lohnkonflikt bei den städtischen Gas- und Wasserwerken haben den ganzen Tag Verhandlungen stattgefunden, um den Ausbruch des mit überwiegender Mehrheit beschlossenen Streiks zu verhindern. Die Direktoren, von denen jeder 2500 bis 3000 Mark Monatsgehalt bezieht, hetzen in der bürgerlichen Abendpresse gegen die Arbeiter und peitschen die Bevölkerung mit dem Hinweis auf die Folgen der Lahmlegung der Gas- und Wasserversorgung auf. Dabei steht fest, daß von den Gewerkschaften alle Mittel erschöpft werden, um den Streikausbruch zu verhindern. Der Hauptvorstand hat dem Streikbeschluß der Funktionärversammlung noch nicht die statutenmäßig notwendige Sanktion gegeben, sondern ist in neue Verhandlungen eingetreten. Der Erfolg war der, daß die Direktion gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft auf 20 Pfg. Lohnerhöhung ihr Zugeständnis von 2 Pfg. auf 4 Pfg. erhöhten, dafür aber den Abschluß des Tarifes bis 31. November forderten. Die Erregung der Arbeiterschaft über diese Zumutung ist ungeheuer. Am Donnerstagabend findet eine neuerliche Vollversammlung der Funktionäre statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden sollen. Der sozialdemokratische Polizeipräsidium droht immer schärfer mit dem **Einsatz der Technischen Nothilfe** und erntet dafür das begeisterte Lob der politischen „Deutschen Zeitung".

Vom Tage

Auf dem Neumarkt in Breslau fand heute vormittag eine Versammlung der Erwerbslosen statt. Die anwesenden über 1000 Erwerbslosen sprachen sich für die Liste der Opposition aus!

In Pontianak (Holländisch-Indien) wurden mehrere eingeborene Sergeanten, Korporäle und Soldaten des niederländisch-indischen Heeres aus der Truppe entfernt, weil sie Anhänger der Kommunistischen Internationale sind. Weiteren Militärpersonen wurden aus demselben Grunde schwere Disziplinarstrafen auferlegt.

Jean Kutisker, der bekannte Hochstapler, ist aus der Haft entlassen worden. In Anbetracht seiner wirtschaftlichen Notlage (!) brauchte er keine Kaution zu stellen.

Anfang August soll in Paris unter dem Vorsitz des Großfürsten Nikolajewitsch das Parlament der russischen Emigranten zusammentreten. Das Parlament will eine allgemeine Aktion gegen Sowjet-Rußland vorbereiten.

Max Hoelz erneut in der Tobsuchtszelle!

Von einem durchaus zuverlässigen Augenzeugen erhalten wir kurz vor Redaktionsschluß folgende Mitteilungen:

Vor einigen Tagen wurde Max Hoelz in meiner Gegenwart von dem Anstaltsarzt untersucht. Ursache der Untersuchung war die Tatsache, daß Hoelz einen schweren Gichtanfall hat, der ihm jedes Fortbewegen unmöglich macht. Der Arzt stellte dicke Knoten unter der Haut fest und schrieb Max Hoelz krank. Trotzdem ist Hoelz nunmehr eröffnet worden, daß über ihn die Strafe von vier Wochen Arrest verhängt werden soll. Hoelz hat sich der Durchführung dieser verbrecherischen Verfügung, die ganz offensichtlich den Zweck verfolgt, ihn ums Leben zu bringen, mit allen Mitteln widersetzt. Daraufhin ist er

gestern wieder in die Tobsuchtszelle gebracht worden.

Wie ungeheuerlich für Hoelz sowohl der Aufenthalt in der Tobsuchts- wie auch Arrestzelle ist, geht daraus hervor, daß diese Zellen einen nur mit dünnem Linoleum überzogenen Zementboden haben, was erkanntlich für Gichtkranke einfach verheerend wirkt. Hinzu kommt, daß Hoelz sich infolge der Schmerzen weder selber setzen noch allein aufstehen kann. Da er in diesen Zellen nicht selber klingeln kann, ist er also ganz auf den Wärter angewiesen, der nur dreimal täglich zu ihm kommt. Trotzdem sitzt seit Jahren Tag und Nacht ein Beamter vor der Zelle, dessen Lebensaufgabe allein die Bewachung dieses einen Gefangenen ist. (!) Als Kost erhält Max Hölz nur Brot und Wasser und nur alle drei Tage das gewöhnliche schlechte Gefängniseessen.

Auch nachts findet Hoelz keine Ruhe. In der Zelle brennt die ganze Nacht grelles Licht, damit der Aufseher vor dem Guckloch Hoelz besser beobachten kann. Natürlich kann Hoelz, dessen Nerven ohnehin in einem Zustand der höchsten Erregung sind, bei diesem Lichtschein nicht schlafen. Seine Bitte, das Licht ein wenig abzublenden, wurde abgelehnt. Hinzufügen will ich noch, daß als „Nachtlager" ein paar dünne Decken auf ebenem Boden dienen.

*

Wir geben diese Mitteilungen ohne Kommentar wieder. Sie sprechen für sich! Schlesische Arbeiter, vertausendfacht Euren Kampf für die Amnestie. Max Hoelz und mit ihm die übrigen Inhaftierten dürfen nicht hinter Kerkermauern zugrunde gehen. Wer jetzt noch lau abseits steht, macht sich mitschuldig an diesem Klassenmorde.

Breslauer graphische Hilfsarbeiter für Vollamnestie

Breslau, 15. Juli.

Uns wird folgende Resolution übermittelt:

„Die heute im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses tagende Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau, erhebt schärfsten Protest gegen die von der arbeiterfeindlichen Luther-regierung beabsichtigte Scheinamnestie. Nach diesem famosen Amnestieentwurf sollen nur die faschistischen Jünglinge amnestiert werden, während Arbeiter, die auf Grund von politischen Vergehen in den Hungermonaten der Inflationsperiode verurteilt wurden, weiter in den Gefängnissen schmachten sollen. Ferner sollen zum Beispiel die Striegauer Reichsbannerleute nicht amnestiert werden. Aus allen diesen Gründen fordert die heutige Versammlung von der Reichs- und den Länderregierungen die sofortige Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen und die Niederschlagung der noch schwebenden Verfahren.

Die heutige Versammlung verlangt außerdem vom Ortsausschuß des ADGB. und vom Landesvorstand des ADGB. Schlesien, daß er sich gemäß des Beschlusses vom letzten Gewerkschaftskongreß in Leipzig ebenfalls für die sofortige Amnestie einsetzt. Die Versammlung fordert vom ADGB., daß er sich unverzüglich mit der RHD., welche den Amnestiekampf führt, zwecks gemeinsamen Kampfes, in Verbindung setzt."

Die Resolution ist einstimmig angenommen worden.

Erfolge bei den Metallarbeiterwahlen in Schweidnitz

(Eigener Drahtbericht)

Schweidnitz, 16. Juli.

Bei den Metallarbeiterwahlen zum ADGB.-Kongreß wurden hier abgegeben auf Liste A (Reformisten) 46 Stimmen, auf Liste B (Kommunisten) 134 Stimmen, ungültig waren zehn Stimmen.

In Strehlen wurden abgegeben auf Liste A 0 Stimmen, auf die Liste B 13 Stimmen.

Die Amsterdamer haben also in diesen Orten vollkommen ausgespielt. Was sagt die „Volkswacht" hierzu?

Das polnische Parlament gegen die nationalen Minderheiten

Schlägereien im Sejm

(Eigener Drahtbericht)

Warschau, 16. Juli.

Gestern kam es im Sejm bei der Abstimmung über das Agrarreformgesetz zu größeren Ausschreitungen. Die Ukrainer und Weißrussen hatten einen Antrag gestellt, nach dem der parzellierte Boden nur der örtlichen Bevölkerung zuzuweisen sei. Die polnischen Parteien lehnten diesen Antrag ab, wonach es zu einem ohrenbetäubenden Lärm kam. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Nach Wiedereröffnung kam es zu einer großen Schlägerei, bei der sich die Abgeordneten ihre Kleider vom Leibe rissen.

Rote Gewerkschaften für China

Moskau, 15. Juli.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale richtete an alle ihr angeschlossenen sowie mit ihr sympathisierenden Organisationen und Minderheiten die Aufforderung, in allen Gewerkschaften die Initiative zur Mobilisierung von praktischen Hilfsmaßnahmen für die kämpfende Arbeiterschaft Chinas zu ergreifen, zu veranlassen, daß die Gewerkschaftsinstanzen, und zwar möglichst die zentralen, ihre Solidarität mit der Hilfsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe erklären und die gewerkschaftliche Hilfe gemeinsam mit ihr durchführen und vereinheitlichen.

Ankunft der deutschen Arbeiterdelegation in Leningrad!

(Sonder-Telegramm.)

Moskau, 14. Juli.

Die Ankunft der deutschen Arbeiterdelegation in Leningrad gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung der internationalen proletarischen Solidarität. Um 9 Uhr morgens landete der Dampfer mit der Delegation in Kronstadt, wo sie von den Matrosen der baltischen Flotte und der Gesamtbevölkerung enthusiastisch begrüßt wurde. Unterwegs von Kronstadt nach Leningrad fand an Bord des Dampfers eine Versammlung statt, die einstimmig folgenden Aufruf der Delegation an das Proletariat der Sowjetunion annahm:

„Wir senden euch in der Eigenschaft der ersten Delegation der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen unseren proletarischen Gruß und die Grüße der Arbeiterschaft der deutschen Republik. Wir danken euch zunächst für eure tatkräftige Unterstützung für die Tausende gefangen gehaltener Proletarier. Trotz der Verleumdungen, die über euch durch die Bourgeoisie verbreitet werden, sind wir zu euch gekommen, um eure wahre Lage kennen zu lernen. Als ehrliche Arbeiter wollen wir alles erfahren, was die politischen und sozialen Verhältnisse und das Leben der Arbeiter und Bauern in eurem Lande betrifft. Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen erwarten von uns, der Arbeiterdelegation, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten besteht, mit größter Ungeduld einen objektiven, wahrheitsgetreuen Bericht über eure Leben und eure Arbeit. Wir glauben und hoffen, daß unser Besuch zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Verbindung der Werktätigen Deutschlands und Sowjetrußlands beitragen wird."

Unterwegs nach Leningrad tauschte die Delegation Begrüßungen mit den vorbeifahrenden Dampfern. Der Dampfer landete unter mächtigem Gesang der Internationale an Bord und am Lande, wo eine vieltausendköpfige Menge und zahlreiche Delegationen der Betriebe, der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen usw. die Delegation begeistert begrüßte. Im Namen der Gewerkschaftsorganisationen Leningrads hieß Moissew die Delegation willkommen und schloß mit einem Hoch auf die Einheit des Weltproletariats. In seiner Antwortrede erklärte der Vorsitzende der deutschen Delegation Freiberger, der deutsche Arbeiter sei stolz, den Boden der ersten roten Hauptstadt zu betreten. Die Menge begrüßte diese Erklärung mit stürmischen Hochrufen und begleitete die Delegation durch die Stadt nach dem Arbeiterpalais.

Französisch-belgische Gewerkschaften über Sowjetrußland

(Eigener Drahtbericht.)

Moskau, 14. Juli.

Die französisch-belgische Gewerkschaftsdelegation, die aus elf Funktionären der französischen reformistischen Gewerkschaften besteht, hat nach ihrer Rundreise durch die Sowjetunion, wo sie die Betriebe, Gewerkschaften und Kulturinstitute usw. studierte, dem Vorsitzenden des Allrussischen Gewerkschaftsrates, Tomsky, eine von sämtlichen Mitgliedern der Delegation unterzeichnete Deklaration überreicht, worin unter anderem erklärt wird:

„Wir stellen fest, daß die organisierten Arbeiter Sowjetrußlands wirklich selber die Herren über ihr Geschick sind, und wir können auch nicht im geringsten an der Dauerhaftigkeit des Sowjetsystems zweifeln.

Die Einheit der Arbeiterklasse mit den Bauern in Rußland ist für uns ein Vorbild, das uns anspornt,

unsere Anstrengungen um die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften

zu verdoppeln. Denn nur die Einigkeit gibt dem Proletariat die Kraft, sich siegreich der Angriffe des Weltkapitals zu erwehren. Gemeinsam werden wir mit unseren Genossen von der „Linken" Amsterdams kämpfen um

die Einheitsfront der Proletarier der ganzen Welt

zu verwirklichen."

„In allen Republiken der Sowjetunion wurden wir brüderlich empfangen. Wir haben konstatiert, daß die gewerkschaftliche Arbeit in den Sowjetrepubliken auf logisch durchdachten und gerechten Grundsätzen beruht. Die Mitgliedermasse der Gewerkschaften selbst gibt der Gewerkschaftsarbeit die Richtung, sie selbst löst die wichtigsten aktuellen Fragen. Unseres Erachtens nach wären mehrere Grundsätze, die in den russischen Gewerkschaften angewendet werden, in den Gewerkschaften unserer Länder sehr angebracht. In verschiedenen Betrieben, die wir besuchten, haben wir festgestellt, daß bei rückständiger Produktionstechnik maximale Resultate erzielt werden. Trotzdem ihr dem Ostrazismus des Weltkapitals ausgesetzt seid, vollbringt ihr Wunder, indem ihr so rasch eure nationale Industrie, trotz der schweren Erbschaft des imperialistischen und des Bürgerkriegs und trotz der Blockade, rasch wieder hergestellt. Jeder ehrliche Proletarier muß, nachdem er gesehen hat, was in der Sowjetunion erreicht wurde, noch energischer für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung kämpfen. Wir wollen nicht mehr die Verantwortung mit jenen teilen, die das große Verbrechen an der Arbeiterbewegung, die Spaltungspolitik betreiben. Es wurden große psychologische Fehler begangen und werden noch größere Fehler begangen werden, wenn nicht der Haß gegen den Imperialismus die brüderliche Einheit aller Proletarier wieder herstellt. Die Spaltung und die Zwistigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung bringen nur dem Kapitalismus Vorteile und sie werden von ihm ausgenutzt. Es muß ein Programm-Minimum gefunden werden und nach loyaler Bekämpfung aller Hindernisse muß gemeinsam zum Ziel aller Proleten, zur Weltrevolution, zum Sturz des Kapitalismus, zur Herrschaft der Arbeit gerungen werden. Wehe denjenigen, die dann den Weg zur Einheit zu versperren versuchen werden!"

Als die Delegationen bei Rostow am Don durch die weiten wogenden Getreidefelder fuhren, sehen sie Rußlands Fruchtbarkeit. Die Arbeiter von Rostow beseitigten die Zerstörungen, die von den Wrangelbanditen im Solde Millerands verübt worden waren. Die Franzosen und Belgier werden überall von begeisterten Arbeitermassen empfangen. Es fällt ihnen auf, wie klare bestimmte Fragen die russischen Genossen stellen, die über alle internationalen Verhältnisse unterrichtet sind und ein wohlüberlegtes Interesse beweisen.

Auf einem großen internationalen Meeting, an dem 85 000 Gewerkschafter von Rostow teilnahmen, sprachen Mitglieder der Delegationen, ein Franzose und ein Belgier, für die gewerkschaftliche Einheitsfront.

„Die lachenden und stolzen Gesichter der russischen Arbeiter beweisen, daß trotz aller Schwierigkeiten die materielle Lage des Proletariats gut ist", sagte der Typograph Calenave aus Bordeaux.

Nach Empfang der Deklaration hielt Tomsky eine kurze Ansprache, worin er der Ueberzeugung Ausdruck gab, die Einheitsfront werde in naher Zukunft verwirklicht werden.

Waldenburg

Am Donnerstag, den 16. Juli, abends 7 Uhr findet im „Finsterbrunn" in Neu-Salzbrunn eine

öffentliche Volksversammlung

statt. Thema: „Nieder mit der Zollvorlage!" Referent: Redakteur Tombrowski-Breslau. Genosse, fordere Deinen Arbeitskollegen auf, diese Versammlung zu besuchen.

Am Sonnabend, den 18. Juli, abends 7 Uhr, findet im „Stern" in Waldenburg, Gottesberger Straße, eine Konferenz der kommunistischen

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Die Unterbezirksleitung.

Oberbürgermeister Dr. Erdmann †

Am 13. Juli starb der seit 1912 amtierende Oberbürgermeister Dr. Erdmann. „Neues Tageblatt" und „Bergwacht" widmen ihm spaltenlange Nachrufe.

Die „Bergwacht" entblödet sich nicht, zu behaupten, daß unter seiner Leitung aus dem kleinen unansehnlichen Städtchen eine saubere, ausgedehnte und aufstrebende Stadt geworden sei. Dreizehn Jahre städtischer Entwicklung bucht sie auf das Verdienstkonto des Verstorbenen. Das ist typisch bürgerliche Verlogenheit. Gegenüber diesen Lobeshymnen stellen wir fest, daß Dr. Erdmann der Typ eines Kommunalbeamten des kapitalistischen Staates war. Er hat alle seine Kräfte in den Dienst der Klasse gestellt, aus der er hervorgegangen war. Was er „für die Stadt getan hat", war das, was die niederschlesische Industrie zu ihrer Profitwirtschaft brauchte.

Verletzung der Immunität des Genossen Schulz durch die Dittersbacher Polizei

Wir berichteten erst kürzlich, daß die Amtsgerichte in Waldenburg und in Breslau die Immunität des Gen. Schulz dadurch verletzten, daß sie ihm androhten, bei Nichterscheinen vor Gericht „zwangsweise vorführen zu lassen".

Genosse Schulz beschwerte sich darüber beim Justizministerium. Auch im Landtag wurden durch Genossen Pieck diese Fälle gebrandmarkt.

Trotzdem das Justizministerium zusagte, die maßgebenden Stellen entsprechend zu informieren, sind die Schikanen gegen Genossen Schulz nicht zu Ende.

Die Dittersbacher Polizeibehörde forderte Genossen Schulz zu einer polizeilichen Vernehmung auf, der er selbstverständlich keine Folge leistete. Daraufhin erschien in der Wohnung des Genossen Schulz der Polizeiassistent Steiner und fragte ihn, warum er der Vorladung keine Folge geleistet und ob er das überhaupt zu tun gedenke. Genosse Schulz wies ihm energisch die Tür, zumal er sich in dem durch Sieg als Arbeitsraum eines Abgeordneten gekennzeichneten Raum außerordentlich provozierend benommen hatte.

Wir erheben gegen die Verletzung der Immunität des Genossen Schulz durch die Dittersbacher Polizei schärfsten Protest und machen die zuständigen Stellen im Justizministerium darauf aufmerksam.

Wie uns Genosse Schulz ferner mitteilt, haben die Dittersbacher Polizeigewaltigen auch im vorigen Jahre sich derartige provozierende Mißgriffe herausgenommen, so daß er gezwungen war, den Polizeigewaltigen Steiner vor die Tür zu setzen. Wir sind mit Genossen Schulz der Meinung, daß diese Methode der Selbsthilfe vielleicht schneller zum Ziele führen wird, als alle Reden und Beschwerden im Landtage.

Gottesberg. Die Massen bleiben fern. Am Freitag, den 10. Juli, fand hier von der Sozialdemokratischen Partei eine Protestversammlung gegen die Zollvorlage statt. Vergeblich warteten der Referent Herr Winzer aus Breslau sowie der Versammlungsleiter auf die Massen. Sie waren sich beide wohl nicht einig, ob die Versammlung stattfinden sollte oder nicht. Doch eine Stunde nach der angesetzten Zeit ergriff Herr Winzer das Wort. Sein ganzes Referat war nichts anderes als wie eine üble Wahlrede. Seine ersten Worte klangen aus: nur der Stimmzettel für seine Partei bringt die Rettung aus Not und Elend. Der Einfluß der SPD. unter den Massen muß stärker werden, die sozialdemokratische Presse muß mehr gelesen werden. Auch die sozialdemokratischen Funktionäre sollen den Mut nicht verlieren. Es muß sehr schlecht um ihre Partei bestellt sein nach seinen Angaben. Ueber die eigentliche Zollvorlage ging er mit einigen Sätzen hinweg. Dabei griff er die Zentrumspartei an. Außer fünf Frauen waren noch eine Anzahl Reichsbannerleute, zum größten Teil Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, erschienen.

Ein neuer Skandal in Görbersdorf

Krankheitserscheinungen nach Genuß verdorbener Speisen

Ein in Görbersdorf weilender Genosse schreibt uns:

„In einem herrlich umrahmten Tale des Waldenburger Hungerlandes liegt der Höhenluftkurort Görbersdorf. Alljährlich, ununterbrochen suchen viele Proletarier Genesung von ihrem Leiden der Tuberkulose. Da es nur ein Ort ist, wo Proletarier Genesung finden sollen, so passieren allerhand Sachen, und in gewissenloser Art und Weise wird mit dem Leben von Proletariern Schindluder getrieben. Es ist kaum ein Jahr her, als in der Brehmer'schen Heilanstalt die Vergiftungen vorgekommen, so ist es dieses Mal die Heilanstalt von Dr. Weicker. Wohl sind die bisherigen Folgen nicht so schwer; es passierte auch diesmal wieder durch den Genuß verdorbener Speisen und erkrankte der größte Teil der Patienten an heftigem Durchfall, Magenbeschwerden und auch Fieber. Daß die Folgen für einen Lungenkranken noch schlimmer sind, dürfte wohl auch dem Laien einleuchten. Ich selbst habe drei Pfund abgenommen. Die Anstalt hat ein großes Interesse daran, die Sache nicht an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen, denn das könnte dem kapitalistischen Betriebe und dem Geldbeutel schaden.

Die Patienten müssen eine Kommission aus ihren Reihen fordern, welche die Speisen auf ihre Brauchbarkeit besichtigt und uneingeschränkte Küchenkontrolle besitzt.

Breslau

Verfrühter Jubel

Die „Volkswacht", die bisher äußerst spärlich über die Delegiertenwahlen des Metallarbeiterverbandes zum Gewerkschaftskongreß berichtet hat, triumphiert sowohl im lokalen als auch im gewerkschaftlichen Teil über die „Niederlagen der Kommunisten". Ferner behauptet sie, wir seien über das Ergebnis der Breslauer Wahlen so verdattert, daß wir die „Sprache völlig verloren" hätten. Nun, zunächst liegt das endgiltige Wahlresultat bis zur Stunde noch nicht vor. Wir machen aber kein Hehl daraus, daß uns die Resultate dieser Wahl durchaus nicht befriedigen und große Mängel unserer Gewerkschaftsarbeit aufweisen. Diese Mängel zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Arbeiten nach dem Parteitage.

Trotz der „Niederlage" haben wir aber unseren Lesern die Wahlergebnisse nicht unterschlagen, während die „Volkswacht" grundsätzlich nur die für Amsterdam günstigen Resultate meldet.

Warum berichtet denn die „Volkswacht" z. B. nichts über die Solinger Resultate? Warum nichts über den Reinfall der Amsterdamer in Freiburg in Schlesien?

Befürchtet sie, daß ihr die Leser dann das Märchen vom bevorstehenden Tod der KPD und dem glänzenden Vormarsch der SPD. nicht glauben werden?

*

In der gleichen Nummer spottet die „Volkswacht" über unsere „Grundsatzfestigkeit", weil wir das Inserat des Reichsbankgläubigerverbandes aufgenommen haben.

Die „Volkswacht" als Hüterin geschäftlicher Moral und politischer Grundsatzfestigkeit, das ist wirklich recht spaßhaft!

Durch das von uns aufgenommene Inserat ist kein Arbeiter geschädigt worden, denn unsere Leser waren nie in der Lage, die alten Tausendmarkscheine zu erlangen oder gar aufzubewahren. Wir haben also, ohne unsere Leser zu schädigen, durch die Aufnahme des Inserates und die Ueberweisung der Einnahme an die „Rote Hilfe" einigen durch bürgerliche und sozialdemokratische Klassenrichter ihrer Ernährer beraubten Familien eine kleine Hilfe gewähren können.

Wir haben es also nicht nötig, gegenüber der korrupten „Volkswacht", die durch Aufnahme der Schwindelinserate für Kriegsanleihe den Arbeitern den letzten Groschen aus der Tasche gezogen hat, unsere Grundsatzfestigkeit zu beweisen.

Wollten wir die ganze Schande sozialdemokratischer Schwindelinserate von 1914—1925 behandeln, so würden unsere Spalten nicht ausreichen, sondern wir müßten eine Broschüre darüber schreiben.

Späte Erkenntnis

In einer Polemik gegen den Leiter der Technischen Nothilfe Herrn Wellmann erklärt die „Volkswacht" kategorisch:

„Das Urteil der Arbeiterschaft über die Technische Nothilfe steht längst fest. Sie lehnt es ab, weiter aus ihren Steuergroschen der staatlichen Organisation zur Erschwerung ihres Wirtschaftskampfes die Mittel zu bewilligen. Wenn die Unternehmer eine eigene Streikbrecherbande gründen wollen, dann mögen sie sie auch selbst bezahlen."

*

Endlich einmal können wir einen Satz der „Volkswacht" unterstreichen, nämlich: Das Urteil der Arbeiterschaft über die Technische Nothilfe steht längst fest."

Jawohl, das Urteil steht fest bereits seit 1919, als sozialdemokratische Renegaten vom Schlage Heine und Konsorten die Technische Nothilfe gründeten und finanzierten.

Im zweiten Satz aber verfällt die „Volkswacht" in den fundamentalen Irrtum die Arbeiterschaft mit den sozialdemokratischen Verrätern, welche jahrelang die Mittel für die Technische Nothilfe bewilligten, zu verwechseln. Der Satz „Sie lehnt es ab, weiter aus ihren Steuergroschen der staatlichen Organisation zur Erschwerung ihres Wirtschaftskampfes die Mittel zu bewilligen", kann sich nicht auf die Arbeiterschaft, sondern nur auf die sozialdemokratischen „Volksvertreter" beziehen. Immerhin erhält dieser Satz durch das dem Redakteur in einem unbedachten Augenblick entschlüpfte Wörtchen „weiter" das wertvolle Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie bisher also sechs Jahre lang mit Arbeitergroschen eine staatliche Streikbrecherorganisation unterstützt hat.

Arbeiter, denkt daran!

Gastspiel des Wiener Burgtheaters im Stadttheater

„Mama Nicole" heißt die französische Komödie, die einen Einblick in das Leben einer berühmten Schauspielerin gibt, das nicht nur eine Person kennzeichnet, sondern symbolisch wird für das Milieu Pariser Theaterkünstler. Traetsche Liebeslaunen verknüpft mit geistreichen Humoresken machen das Stück zu einer Sehenswürdigkeit, zumal das Spiel wenig zu wünschen übrig ließ.

Badewannen in den städtischen Brausebädern

In den städtischen Brausebädern Am Berliner Platz 7, An den Teichäckern 1, Friedrich-Wilhelm-Straße 101 und Tiergartenstraße 1 werden zurzeit einige Zellen der Männer- und Frauenabteilungen mit Wannen ausgestattet. In der Frauenabteilung des Bades Am Berliner Platz 7 ist die Arbeit beendet, so daß jetzt Wannenbäder abgegeben werden. Badezeit Montag, Mittwoch, Donnerstag von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends, Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Sonntag von 6 bis 11 Uhr vormittags.

Straßensperrung

Wegen Kanalisationsarbeiten wird die Gabitzstraße voll und die Hardenbergstraße halbseitig im Straßenkreuz beider Straßen vom 18. Juli ab auf die Dauer von 10 Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Gleichzeitig wird die volle Sperrung der verlängerten Hardenbergstraße zwischen Gabitz- und Charlottenstraße vom 24. Juli ab auf die Dauer von acht Wochen verlängert.

Jugendspiele während der Sommerferien

Der Magistrat berichtet: Während der Sommerferien werden, wie in den vergangenen Jahren, in allen Stadtteilen am Nachmittage Jugendspiele mit Schulkindern veranstaltet. Gleichzeitig wird unbemittelten und erholungsbedürftigen Kindern ein nahrhaftes Essen verabreicht. Schulkinder, die sich an der Speisung beteiligen wollen, können sich jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag zwischen 2 und 3 Uhr an den nachstehenden Stellen melden. Ein Beitrag von 40 Pfennig für die Woche ist mitzubringen. — Fürstenstraße 51-53 Pestalozzischule; Kletschkauschule; Magazinschule; Jahnschule; Andersenstraße 58-62; Posener Schule; Liegnitzer Schule; Krischkestraße 3-5; Gräbschener Straße 147; Yorkschule; Menzelschule; Arletiusstraße 7-9; Brockauer Straße 12-20; Lessingturnhalle.

Mobilmachung

Alle Genossen und Genossinnen haben sich am Sonntag, den 19. Juli, an der großen Unterschriftensammlung für die Amnestie zu beteiligen. Treffpunkt an den Bezirkslokalen früh 9 Uhr. Jeder Genosse und jede Genossin hat sich zu beteiligen. Wer sich nicht beteiligt, begeht Verrat an den proletarischen politischen Gefangenen.

Bezirksleitung der KPD.

Ein Arbeitermädel

Der Roman einer Illusion.
Von Otto Müller-Gölzig.

49

Nachdem man so eine reichliche halbe Stunde am Kaffeetisch gesessen, erinnerte sich Esche plötzlich, daß er ja versprochen habe, mit einigen Kommilitonen und deren Damen einen Abendbummel nach einem Vorortlokal zu unternehmen. Er lud Rosa ein, ebenfalls daran teilzunehmen und wies extra darauf hin, daß man dem Wirt bereits den Auftrag gegeben habe, im Garten Rostbratwürste zu braten, damit man Durst bekomme und einige „Salamander" laufen lassen könne. Natürlich willigte Rosa ohne weiteres ein, hocherfreut, weil sich die Aussicht bot, einen recht lustigen Abend zu verleben. Ihre Eltern, die von dem schnellen Aufbruch des Gastes ersichtlich betroffen waren, wagten indes nicht, seinem Vorschlag zu widersprechen. Es war in jedem Falle eine Ehre für ihre Tochter, von ihm eingeladen zu werden zu einer Studentengesellschaft, und es wäre einer Undankbarkeit gleichgekommen, etwas dagegen zu sagen. Rosa zog sich zurück, um Toilette zu machen.

Während dieser Zeit war es für Esche unumgänglich, sich mit ihren Eltern zu unterhalten, und so zog er es vor, ein politisches Gespräch zu beginnen. Dazu bot sich insofern eine günstige Gelegenheit, als der Reichskanzler zwei Tage zuvor eine große Rede gehalten hatte, in der er vom Volke neue große Opfer für das Heer forderte. Als auf Befragen Emil geantwortet, er habe die Rede in der Zeitung nur flüchtig gelesen, erklärte Esche kategorisch: „Wieder einmal eine großartige Rede, schrecklich interessant, was? So spricht eben nur ein deutscher Kanzler, ein Nachfolger Bismarcks. Eine solche Rede soll mal ein Engländer oder ein Franzose halten. Gar nicht zu reden von den Russen. Ja, wenn ein deutscher Staatsmann redet, hat das immer Hand und Fuß. Ist ja auch ganz selbstverständlich, wir brauchen viel mehr Soldaten. Brauchte erst nicht darüber geredet werden, das schadet uns höchstens, daß wir soviel über unser Militär reden. Wenn nur die Sozialdemokraten nicht immer ihren Quatsch im Reichstag verzapfen würden. So was wird auch nur in Deutschland zugelassen. In Rußland, England, Frankreich und anderen Ländern wird das ganz einfach abgeschafft, fertig, Basta! Was hat der Liebknecht wieder zusammengequasselt. Schande, daß so was geduldet wird. Regierung ist viel zu loyal. Schrecklich. So'n Kerl, der keine blasse Ahnung hat, sollte sein Maul halten. Jeder Arbeiter in Ehren, diesen Standpunkt vertritt auch mein Vater, aber so ein niederträchtiger Advokat, der das Volk aufhetzt und ein angenehmes Leben dabei führt, dem sollte man das Maul ein für allemal stopfen. Der verdient nicht als ein anständiger Mensch behandelt zu werden. Ich meine, wer deutsch denkt und fühlt und ein normaler Mensch ist, muß einsehen, daß wir mehr Soldaten haben müssen. Was helfen uns denn die paar Hunderttausende? Wir brauchen mindestens drei bis vier Millionen stehendes Heer bei unserer riesigen Industrie, die muß doch geschützt werden. Wir müssen uns doch anständig verteidigen können. Na, das müssen Sie doch auch sagen, obwohl Sie Arbeiter sind, Herr Berger, auch Sie haben ein Interesse daran, daß Deutschland vorwärts kommt. Ist Deutschlands Industrie in der Welt voran, dann ist auch der deutsche Arbeiter in der Welt voran und es geht ihm gut. Ich meine, das muß doch jeder normale Mensch einsehen."

Emil fühlte sich geehrt, daß von Herrn Esche junior so ernsthaft auf ihn eingeredet wurde und daß man gewissermaßen um Emils Zustimmung warb. Aber ehe er noch darüber schlüssig wurde, wie er am besten antworten sollte, brachte seine Frau ihre Meinung zum Ausdruck. „Das sagen wir auch immer, meiner, der ist auch kein Sozialdemokrat, der macht das nicht mit, was die wollen. Ach, da waren sie schon viele Male da und wir sollten die „Volksstimme" halten, aber ich habe immer gleich gesagt, das Blatt kommt mir nicht in unser Haus. Wir lesen die „Neuesten Nachrichten", da stehen auch immer solche schöne Romane drin."

„Ja, das sage ich ja auch immer", antwortete Emil nunmehr, im Grunde ein wenig ärgerlich, weil ihm seine Frau vorlaut dazwischen geredet hatte; „was die wollen, das geht doch nicht. Es wäre vielleicht ganz schön, wenn es ginge, ich bin auch für Gerechtigkeit, aber was hat es denn für einen Zweck, wenn es nicht geht, es hat eben immer Arme gegeben, und alle können ja auch nicht reich sein, und die haben auch ihre Sorgen, ich möchte manchmal nicht in denen ihrer Haut stecken. Ich sage das manchmal zu meiner Frau und meiner Tochter."

„Nein, Herr Berger, Sie irren sich, es wäre auch nicht schön, wenn es ginge. Aber natürlich damit haben Sie recht, es geht gar nicht, und deshalb schon ist es furchtbarer Blödsinn, es dem Volke weißzumachen. Was glauben Sie wohl, was das für ein schauderhaftes Chaos gäbe, wenn die Kerle ans Ruder kommen? Mord und Totschlag, und wir wären alle des Lebens nicht mehr sicher. Wo wollen denn die Leute das Geschick her haben zu regieren? Minister zu sein und so weiter? Blödsinn! Dazu muß man doch mindestens akademisch gebildet sein. So was begreift doch jedes Kind. Ein Arbeiter ist eben ein Arbeiter, ein Fabrikant ein Fabrikant, Minister Minister und Professor Professor. Das wird immer so bleiben. Silentium. Aber das lehrt ja auch die Geschichte, es gibt keinen Blödsinn, der nicht auch seine Anhänger findet. Na, Gott sei Dank haben die Kerle nichts zu sagen und in Volksversammlungen können sie ja dem blöden Publikum den Unsinn erzählen."

Mittlerweile hatte Rosa ihre Toilette beendet; sie stellte sich ihrem Verehrer in neuer Aufmachung vor und gab damit das Zeichen zum Aufbruch. Esche verabschiedete sich in aller Form von ihren Eltern und beteuerte, daß es ihm „eine große Ehre und Freude gewesen sei, die geschätzten Eltern Rosas kennen gelernt zu haben".

Sie waren kaum zur Türe hinaus, als Frau Berger eine Lobeshymne auf Rosas Verehrer zu singen begann, indem sie alle seine Vorzüge ins rechte Licht zu setzen versuchte. Als Emil doch den Einspruch wagte: „Na, uns gegenüber war er nicht so sehr freundlich, er mag ja mit Rosa anders sein, ich weiß nicht, ob er gerade viel Respekt vor uns hat, das glaub ich nicht; ach, die Leute, die soviel Geld haben, geh mir nur weg, die haben doch keine richtige Achtung vor uns, ich weiß nicht, mir hat er nicht besonders gefallen", da fiel ihm seine Frau wieder ins Wort: „Feine Leute benehmen sich eben so, das ist nicht anders, darauf muß unsereins Rücksicht nehmen." „Der muß wohl auf uns keine Rücksicht nehmen!" wagte Emil bei seinem Einwand zu beharren. „Na, es mag sein wie es will, einen feinen Herrn hat sie als Verehrer gekriegt, da beißt die Maus keinen Faden weg. Und der meint es auch ehrlich. Wenn einer mit dem Mädel nur poussieren will, nachher macht er nicht soviel Umstände, das glaube nur. Und läßt sie was lernen und läßt sich's so einen Haufen Geld kosten. Das glaub ich im Leben nicht. Hast du denn nicht gemerkt, wie er sie immer anguckt und wie der verliebt in sie ist? Unsereins merkt das. Wenn man auch nicht sagt, der heiratet sie bestimmt, aber möglich ist das alles. Wo die Liebe hinfällt. Das darf man nicht verreden. Das Mädel vergibt sich auch nichts, wenn sie eine Weile so mit ihm läuft, die ist jung und will auch ihr Vergnügen haben, und die weiß schon, wie weit sie geht, als anständiges Mädel; du, die ist nicht mehr so dumm in solchen Sachen, die weiß schon, wie sie Männer angreifen muß. Da kannst du Gift drauf nehmen, die versteht's."

(Fortsetzung folgt.)

Bis jetzt 4200 Unterschriften

Es gingen bei dem Bezirkskomitee Schlesien der Roten Hilfe ferner ein:

11 Listen aus Breslau mit	444	Unterschriften
1 Liste von Richter-Jauernick mit	13	"
4 Listen aus Hirschberg	83	"
1 Liste aus Langenöls mit	40	"
1 Liste Porzellanfabrik Tielsch-Altwasser mit	34	"
6 Listen aus Nieder-Salzbrunn mit	139	"
8 Listen aus Görlitz mit	259	"
1 Liste aus Ober-Bögendorf mit	56	"
Insgesamt:	1068	Unterschriften
Bereits gemeldet:	3132	"
Zusammen:	4200	Unterschriften

Von diesen 1068 sind 54 Sozialdemokraten, 139 Kommunisten, 875 Parteilose, 1 FFS., 3 Demokraten, 4 Zentrum und 2 Deutschnationale.

Die 100 000 sind noch lange nicht erreicht!

Liegnitz. Das Wohlfahrtsamt. Ein paar Fragen an den sozialdemokratischen Stadtrat Herrn Jänsch, Vorsitzender des Wohlfahrtsamts: Herr Jänsch, ist Ihnen bekannt, daß die Rentner von ihrer Rente nur eine Mark bekommen? Ist Ihnen bekannt, daß diese Leute betteln gehen müssen? Nun zu den Unterstützungsempfängern: Warum, Herr Stadtrat, erhalten wir weniger Unterstützung als diejenigen Leute vom Arbeitsamt? Warum wird uns die Pflichtarbeit, welche wir alle Wochen leisten müssen, nicht bezahlt? Wir wissen genau, daß Sie uns diese Fragen nicht beantworten werden. Aber wir geben Ihnen den guten Rat: Gehen Sie mal 14 Tage in das Armenhaus oder nehmen Sie einmal unsere Unterstützung, und versuchen Sie, damit auszukommen. Sie werden dann sehr schnell mit uns zu der Ansicht kommen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft weder Staat noch Stadt sich um das Schicksal der Armen kümmern und diese rücksichtslos dem Hungertod preisgeben.

Aus der Partei

Achtung! Bezirks-Ausschuß!

Der Bezirks-Ausschuß tagt Sonntag, 19. Juli, vormittags 10 Uhr, in **Striegau, Lokal Stadt Breslau Bahnhofstraße.** Es müssen erscheinen 2 Delegierte aus jedem Unterbezirk, die aus den Parteitagsdelegierten zu wählen sind. Die gesamte Bezirks-Leitung einschließlich der Pol-Leiter.

Delegationskosten für Delegierte und Pol-Leiter sind vom Unterbezirk zu tragen.

Die Tagung beginnt pünktlich 10 Uhr.

BL. Schlesien.

Achtung! Bauarbeiter!

Die Unterbezirks- und Ortsgruppenleitungen müssen den Bauarbeitern, die jetzt in verschiedenen Bezirken des Reichs im schärfsten Kampfe stehen, größte Aufmerksamkeit widmen.

Sowie es im Bezirk Schlesien irgendwo zu solchen Kämpfen kommt, muß:

a) die Bezirksleitung Breslau sofort unter Angabe des Ortes, der Firma, der Zahl der Kämpfenden benachrichtigt werden,

b) Solidaritätsaktionen für die Kämpfenden von der Partei aus eingeleitet werden.

BL. Schlesien.

Unterbezirkskonferenzen am 26. Juli in allen Unterbezirken

Laut Beschluß des Parteitages müssen am Sonntag, den 26. Juli, in allen Unterbezirken Konferenzen abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Reichs- und Bezirksparteitag.
2. Organisationsfragen.
3. Neuwahlen.

Referenten zu allen UBK. stellt die Bezirksleitung.

Die Unterbezirksleitungen müssen der Bezirksleitung sofort mitteilen, um welche Zeit, wo und in welchem Lokal die UBK. stattfindet.

Laut der vom Parteitag beschlossenen „Richtlinien" werden gewählt:

bis zu 50 zahlenden Mitgliedern 1 Delegierter,
bis zu 100 zwei Delegierte,
für je weitere 100 ein Delegierter.

Die Zahl der Delegierten wird errechnet an Hand der Abrechnung für den Monat Juni.

Stimmberechtigt sind nur solche Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht länger als 14 Tage im Rückstande sind.

Delegierte können nur solche Ortsgruppen entsenden, die bis einschließlich Juni abgerechnet haben. Zur Unterkonferenz sind die Belege für die Abrechnung Juni mitzubringen und vorzulegen. Für die ordnungsgemäße Einberufung der UBK. und die korrekte Durchführung der Wahl der Delegierten sind die Unterbezirksleitungen verantwortlich.

Bez.-Ltg. Schlesien.
Org-Büro.

Unterbezirk Hirschberg

Mitgliederversammlungen im Unterbezirk Hirschberg finden in folgenden Orten statt:

am Donnerstag, den 16. Juli, in Liebau,
am Freitag, den 17. Juli, in Landeshut.

In diesen Mitgliederversammlungen wird Bericht vom Bezirksparteitag gegeben. Deshalb darf kein Genosse fehlen.

Folgende Ortsgruppen haben für den Monat Juni bis zur Stunde ihre Beiträge nicht an die Unterbezirkskasse abgeführt, und werden deshalb öffentlich gerügt.

Petersdorf, Grunau, Schmiedeberg, Leiwenberg, Grüssenberg, Schatzdorf, Kaussung, Landeshut, Liebau, Krausendorf, Ruhbank, Reichhennersdorf, Dittersbach-städt.

Wir erwarten, daß diese Gruppen sofort ihrer Pflicht nachkommen und die Beiträge an die Adresse: **Kurt Burghardt, Hirschberg, Sand 7,** einsenden. Abrechnungsformulare sind an die Bezirksleitung einzusenden.

Die Unterbezirksleitung.

Achtung! Literaturobleute! Unterbezirks- und Ortsgruppenleiter!

Der gesamte Literaturvertrieb für unsere Organisation wird jetzt geregelt durch die

Proletarische Literaturvertriebsstelle für Schlesien
Anschrift: Max Zschocher, Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Geldsendungen sind nur zu richten an diese Stelle. Postscheckeinzahlungen sind zu richten an Postscheckamt Breslau Nr. 31 576 Max Zschocher.

Die vorher von der Schles. Verlags-Gesellschaft, Abteilung Buchhandlung, gelieferte Literatur ist sofort mit Genossen Zschocher abzurechnen, damit die einzelnen Konten erledigt werden können. Unverkaufte Bücher, für die keine Gewähr des Verkaufs geboten ist, müssen schnellstens an obige Adresse gesandt werden.

Versammlungs-Kalender

Funktionäre Breslaus

Die für Donnerstag angekündigte Funktionärversammlung der Partei findet, da der Saal an diesem Tage nicht frei ist, erst am Freitag, 7 Uhr abends, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, statt. — Wahl der Bezirksparteitagsdelegierten für den Bezirksausschuß.

Breslau. Achtung! Sonnabend, den 18. Juli, abends 6½ Uhr, Sitzung des Untersuchungsausschusses, Trebnitzer Str. 50.

Breslau. Bezirk Nord. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 8 Uhr, findet eine außerordentliche Zusammenkunft aller Parteigenossen der Wohn- und Betriebszellen statt. Lokal Freyer, Michaelisstraße 3. Das Erscheinen aller Genossen ist Parteipflicht.

Bezirk Nord. Alle Parteigenossen sowie Sympathisierende, welche für den am 2. August stattfindenden roten Tag Quartiere stellen können, bitten wir, die Adresse bis 21. Juli an Fritz Daniel, Weinstraße 56, zu richten.

Wüstegiersdorf. Freitag, den 17. Juli, abends ½8 Uhr, im Hotel „Zur Sonne", oberes Zimmer: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, u. a. Bericht vom Bezirksparteitag. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Die Ortsleitung.

Landeshut. Freitag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sonne" außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag wird gegeben. Jeder Genosse muß erscheinen.

Hirschberg. Die Teilnehmer aus den Ortsgruppen Hirschberg, Hermsdorf, Petersdorf, Grunau zur Autofahrt nach Striegau treffen sich Sonntag, den 19. Juli, früh 5 Uhr, Post Cunnersdorf.

Waldenburg. Sonntag, den 19. Juli, früh 5½ Uhr, Sammeln zur Abfahrt nach Striegau auf der Viehweide. Abfahrt Punkt 6 Uhr.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Freitag, den 17. Juli, treffen sich alle Genossen und Genossinnen um 8 Uhr in der Minoritenschule, zwecks Probe für Proletarischen Abend.

KJVD. Unterbezirk Görlitz. Genossen! In unserer Ueberholung der Ortsgruppen muß eine Veränderung der einzelnen Tage vorgenommen werden. Der Vertreter der BL. erscheint in den Ortsgruppen an folgenden Tagen, an denen unbedingt und sofort eine Mitgliederversammlung der KJ. oder eine öffentliche Jugendversammlung einberufen werden muß. Sonnabend, den 18. Juli, in Penzig; Sonntag, den 19. Juli, in Görlitz; Montag, den 20. Juli, in Lauban; Dienstag, den 21. Juli, in Geibsdorf; Mittwoch, den 22. Juli, in Langenöls. Diese Termine gelten bestimmt und erfahren keine Veränderung.

Striegau. Sonnabend, 18. Juli, wichtige Mitgliederversammlung. BL.-Vertreter bestimmt anwesend.

Geibsdorf. Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 Uhr, bei Niederlein Mitgliederversammlung. Referent der Bezirksleitung ist anwesend.

Roter Frontkämpfer-Bund

Achtung Abteilungs-Leiter. Sämtliche Abteilungs-Leiter haben restlos sämtliche Beiträge wie Karten nach Striegau bis spätestens Freitag, abends 10 Uhr, beim Kameraden Pyter, Jahnstraße 29, abzurechnen. Nicht abzurechnendes Material ist zwecks Prüfung mitzubringen.

RFB.-Radfahrer. Alle Kameraden, welche die Fahrt nach Striegau per Rad mitmachen, treffen sich Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Franke, Tauentzienstraße 173, zwecks Aussprache.

Bunzlau. Am 26. Juli, Roter Frontkämpfer-Tag, verbunden mit Fahnenweihe. Die Ortsgruppen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Andere Organisationen

Freiburg. Kartellsitzung. Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Tagesordnung: Die Verwaltung im Arbeitsnachweis und in der Arbeitslosenversicherung.

Rote Hilfe. Die eingegangenen Gelder werden in der in nächster Woche erscheinenden Golgatha-Beilage unserer Zeitung quittiert werden. Bis dahin ersuchen wir aber die Ortsgruppen, unbedingt abzurechnen. Wir brauchen für die Gefangenen und deren Familien noch viel Geld. Bezirkskomitee Rote Hilfe.

Rote Hilfe. Achtung. Adressenveränderung! Unsere endgültige Adresse ist jetzt für Briefe, Abrechnungen, Sammellisten usw. **Rudolf Belke, Breslau I, Am Rathaus 7.** Für Geldsendungen bleibt das Postscheckkonto: Breslau 15 429, Hermann Ammon.

Arbeitersport

Sonderzug nach Frankfurt a. M. zur Olympiade

Cottbus—Halle—Frankfurt a. M.

Fahrplan:

Herfahrt am 23. 7.	7,50 *	ab Cottbus	an	7,59	Rückfahrt am 28. 7.
	8,22 *	ab Calau	an	7,29	
	9,00 *	ab Finsterwalde	an	7,02	
	9,48 *	ab Falkenberg	an	6,15	
	10,09 *	ab Torgau	an	5,55 *	
Bahnsteig 7	10,45 *	ab Eilenburg	an	5,21 *	Bahnsteig 9
	11,12 *	ab Delitzsch	an	4,5. *	
	12,00 *	ab Halle	an	4,13 *	
	8,40	an Frankfurt (M) Hbf.	ab	8,00	

Die mit einem Stern bezeichneten Fahrtzeiten sind Nachtzeiten.

Fahrtleiter: Clemens **Brielke**, Forst, Fruchtstraße 5.

Das Fahrgeld, 24,50 Mark, ist **sofort** durch die Vereine an obige Adresse einzusenden.

Am 15. Juli müssen 12000 Mark, d. h. das Fahrgeld für die Mindestteilnehmerzahl von 500 Personen, der Reichseisenbahndirektion Halle, zu der Cottbus gehört, hinterlegt sein. Pünktlichkeit bei Einsendung des Fahrgeldes ist Pflicht, da sonst die Stellung des Sonderzuges gefährdet ist.

Verantwortlich für den gesamten Text: **Richard Schulz**, Breslau; Inserate: **Artur Müller**, Breslau.
Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Aus der Geschäftswelt

Achtung! Die Firma Korn-Waldenburg liefert Wanderuniformen zu billigsten Preisen.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545
Täglich 8 Uhr:
Gesamtgastspiel des Wiener Ronacher-Theaters
Hallo! Hallo!
Grosse Ausstattungs-Revue in 14 Bildern

Ab 16. Juli
Lappländerschau im Zoo
Seit 50 Jahren zum ersten Male wieder in Deutschland
Nomadenlappen mit Renntieren u. Polarhunden
Vorführungen:
Wochentags vorm. 11 Uhr, nachm. 4 und 5½ Uhr
Sonntags vorm. 11, nachm. 2½, 4½ u. 6 Uhr

Achtung!
Die Firma D. Korn-Waldenburg liefert
Wander-Uniformen
zu billigsten Preisen

Bettbezüge
Bettücher, Inletts, Handt., Hemden, Unterröcke, fertige Betten
stets gut und preisw.
Leihhaus
Trebnitzer Straße 21.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Hausfrauen Achtung!
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
Passier, Klosterstr. 88
Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Gebrauchte und neue
Anzüge
sind wieder vorrätig
D. Juliusburger
Kupferschmiedestr. 31

Schuh-Herz
Blücherplatz 4

Bei jedem Einkauf
muß sich die Genossin und der Genosse danach erkundigen, ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung
inseriert!
Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren, sollen auch auf Euer Geld verzichten!
Kauft nur noch bei
Inserenten Eurer Zeitung!

Volksbekleidung!
Sämtliche Arbeiterbekleidung
Breslau, Matthiasstraße 38

Fries-Brot „Edelweiß"
Weiß- und Süßwaren in hoher Qualität
Fritz Grieger, Mehlgasse 30

Schlesische Wäschefabrik
Ullrich & Krause
Dickhuthstraße Nr. 2
schräg über der Lutherkirche
liefert **Bett-, Leib- und Tischwäsche** reell u. billig

Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 3 | Redaktion: Landtag, Zimmer 21 Telefon: Amt Zentrum 9042 | Herausgeber: Zentrale der KPD.

Der revolutionäre Kampf der KPF. gegen den französischen Imperialismus.

Aufruf gegen das Zankoff-Regime.

An die Arbeiter aller Länder!

Der 10. Parteitag der KPD. lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter, der armen Bauern, der ausgebeuteten Werktätigen aller Länder, aller Arbeiter- und Bauernorganisationen auf den fürchterlichen Mordterror, der seit vielen Monaten im Bulgarien Zankoffs wütet. Seit den Tagen, wo Tausende Pariser Arbeiter an der Mauer der Föderierten verröchelten, hat der weiße Schrecken nicht fürchterlicher gehaust als jetzt in Bulgarien. Die „zivilisierte" Welt sieht ruhig zu, wie Galgen, Kugel und Dolch die Besten des bulgarischen Volkes hinmorden. Gegen das Wüten des Horthy-Terrors hat die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wenigstens versucht, durch einen internationalen Boykott vorzugehen. Für unsere vom Tode bedrohten Brüder in Bulgarien ist noch nichts getan.

Der 10. Parteitag der KPD. appelliert an die Arbeiter- und Bauernorganisationen aller Länder:

Fallt den bulgarischen Henkern in den Arm!

Duldet nicht länger, daß die Zankoff-Banditen unsere Brüder morden!

Zeigt den Vertretern des blutigen Zankoff-Regiments, daß sie der tödliche Haß der Werktätigen aller Länder trifft.

Nieder mit den bulgarischen Henkern!

Helft dem arbeitenden Volke Bulgariens!

(Einstimmig angenommen.)

Weitere Begrüßungstelegramme.

In der heutigen Sitzung gibt der Vorsitzende, Genosse Geschke, bekannt:

Genosse Max Hölz übermittelt uns aus dem Gefängnis durch einen Freund (großer Beifall) seine revolutionären Grüße und erklärt, daß die deutsch-preußische Justiz nicht imstande sein wird, seinen revolutionären Willen zu brechen (großer Beifall) und niemals imstande sein wird, den revolutionären Willen des deutschen Proletariats unter Führung der KPD. zu brechen (erneuter Beifall).

Wir haben Max Hölz telegraphisch im Namen des Parteitags geantwortet.

*

„Unterbezirkskonferenz kommunistischer Jugend Dortmund entsendet Parteitag leninistische Grüße. Kommunistische Jugend. Roter Jungsturm."

*

„Zum Roten Tag in Pirmasens versammelte rote Frontkämpfer und revolutionäre Arbeiter der Pfalz entbieten dem Parteitag revolutionäre Grüße. Vorwärts im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. Brümer." (Beifall.)

*

„Dem 10. KPD.-Parteitag ein dreifaches Rot-Front. Roter Frontkämpferbund, Ortsgruppe Friesack. Kommunistischer Jungsturm."

*

„Betriebsräte Zeche Kaiserstuhl 1–2 Dortmund senden dem Parteitag der einzigen Arbeiterpartei revolutionäre Grüße."

1. Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Fortsetzung.)

Vertreter des EKKI.

(Fortsetzung.)

Das französische Proletariat unter Führung der KPF. führt einen energischen Kampf gegen den Marokkokrieg. Eine Tatsache ist, daß ein großer Teil der reformistischen Arbeiter schon in diesen Kampf mit hereingerissen ist, ein Beweis dafür ist der große Arbeiterkongreß, der vorigen Sonntag in Paris stattgefunden hat, wo über 2000 Delegierte 1½ Millionen Arbeiter aus den verschiedensten politischen und gewerkschaftlichen Lagern vertreten haben.

Es ist Aufgabe auf dem heutigen Kongreß, die Marokkofrage als eine äußerst wichtige internationale Frage besonders gründlich zu untersuchen, weil in diesem Konflikt zwischen dem französischen Imperialismus und diesem kleinen Risvolk sich große Konsequenzen, neue imperialistische Gegensätze, neue Kriege entwickeln können. England kann nicht zulassen das Eindringen der Franzosen in das Rif und ist äußerst mißtrauisch, daß Frankreich die äußerst wertvollen Kohlengruben im Rif annektiert.

Die Aufgabe des Parteitages ist es, die notwendigen Schlüsse daraus auch für die Politik der deutschen Partei zu ziehen. Thälmann hat vorher hingewiesen auf die Einkreisung Sowjetrußlands. Als Symptom für diese Absichten des Imperialismus ist folgendes anzuführen: Der „Temps", das offizielle Organ der französischen Regierung, hat unlängst die Abmachungen der internationalen Polizei veröffentlicht, die jetzt zwischen den größten Staaten Europas gebildet worden ist zur speziellen Ueberwachung der kommunistischen Bewegung. Zur speziellen Ueberwachung der Grenzen, eine Institution, die sich nicht erstrecken soll auf Europa, sondern insbesondere auch auf den Fernen Osten, und das Eindringen kommunistischer Agitatoren nach China und Indien und anderen Ländern des Ostens zu verhindern. In diesem Zusammenhang weist der Genosse auf die Rolle Deutschlands im Garantiepakt hin, auf die Rolle Deutschlands als eines Verbündeten des englisch-französischen Imperialismus gegen Sowjetrußland. Er weist darauf hin, wie jetzt noch die deutsche Regierung schwankt, wie sie den Anschluß einerseits an den westeuropäischen Imperialismus sucht, wie sie andererseits zögert, den Rapallovertrag zu brechen, und den größten und vielleicht einzigen Absatzmarkt, den Deutschland noch besitzt, Rußland, zu verlieren.

Die wirtschaftliche Lage in Rußland ist jetzt sehr gut. Während in den kapitalistischen Ländern eine Finanzkrise die andere ablöst, die Lage des Proletariats in den Ländern des Westens schwierig ist und schwieriger wird, wird die Lage des Proletariats in Rußland langsam immer sicherer und besser. Er weist hin auf die russische Textilindustrie, die heute in voller Hochkonjunktur steht, er weist hin auf die gute Lage der Ernte. In diesem Jahre werden 100 000 Pud Getreide mehr gegenüber dem vorigen frei, überflüssig zur Ausfuhr.

Amerika wird sich jetzt einreihen in den Ring der Blockade gegen Rußland, weil die russische Getreideausfuhr eine große Konkurrenz für Amerika ist.

Der Parteitag muß dazu Stellung nehmen und die Konsequenzen ziehen, daß die Einheit der Arbeiterklasse international hergestellt werden muß gegen die Gefahr der neuen

„Der Herr Präsidente."

Kriege und gegen die Versuche, Sowjetrußland einzukreisen. Deswegen muß man die Mittel unserer Arbeit innerhalb der Massen untersuchen und unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Man muß mehr als bisher eindringen in die sozialdemokratischen Arbeitermassen. Man muß mit den sozialdemokratischen Arbeitern zusammen gegen die sozialdemokratischen Führer kämpfen. Das ist eine große Aufgabe. Das bedeutet die Einheitsfront, die jetzt herzustellen ist.

Eine Hauptaufgabe des Parteitages ist, die Mittel und Methoden zu finden, um den Reformisten die Arbeiter zu entreißen. Der Genosse schließt mit dem Rufe: Gegenüber der Einheitsfront des Weltimperialismus, die sich bildet, die jeder sieht, muß hergestellt werden die proletarische Einheitsfront. Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

(Stürmischer Beifall.)

Der Vertreter der französischen Partei

(mit Beifall begrüßt) überbringt dem Parteitag die Grüße der französischen Partei, die Grüße des französischen Proletariats und eines großen Teils der französischen Bauernschaft.

Er unterstreicht die Rolle, die Deutschland beim Garantiepakt zufallen soll. Die englische Flotte soll zur Blockade gegen Sowjetrußland dienen. Die französische Armee soll marschieren und Deutschland soll dazu das freie Geleit, den freien Durchmarsch geben, die industrielle und militärische Sicherung der Etappe.

Die Kommunistische Partei Frankreichs verlangt, daß die deutschen Arbeiter mit allen Mitteln verhindern den Durchmarsch französischer Truppen. (Sehr richtig! und Beifall.)

Wir geben die Erklärung, daß wir alles unternehmen werden, um den Einmarsch französischer Soldaten nach Deutschland zu verhindern, (Beifall), um es unmöglich zu machen, Armeen gegen Sowjetrußland im Innern Frankreichs aufstellen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Zu der inneren Lage in Frankreich sagt der Genosse im Anschluß an die Ausführungen des Vorredners: Die Steuern, die Teuerung, die Inflation schaffen eine große Beunruhigung innerhalb der Massen. Das französische Proletariat beginnt heute denselben Weg zu beschreiten, den die deutschen Arbeiter im Jahre 1921 angefangen haben. Jeder Kommunist muß den wahrhaften Sinn dieses Marokkokrieges begreifen. Der Riffkrieg ist ein Symbol des vereinigten Kampfes der unterdrückten Kolonialvölker mit den Proletariern der kapitalistischen Länder. Der Riffkrieg ist seit 1918 der erste Krieg, den ein großes Land wie Frankreich von neuem als imperialistischen Krieg beginnt.

Unsere Aufgabe gegenüber dem Marokkokrieg als Partei ist es, alle Kräfte zu verbinden, die fähig sind, den französischen Imperialismus niederzuschlagen, also die Kräfte des Proletariats in unserem Lande zu verbinden mit den Kräften der unterdrückten Völker, die um ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Ich spreche das ganz deutlich hier aus. Wir müssen die Niederlage des französischen Imperialismus herbeiführen, den imperialistischen Krieg umwandeln in einen Bürgerkrieg (Stürmischer Beifall.) Die Hauptaufgabe der Partei ist, die Organisierung der Niederlage des französischen Imperialismus in Marokko, der Niederlage des französischen Imperialismus überhaupt, und wir hoffen, daß in absehbarer Zeit in Frankreich eine Situation geschaffen wird, daß wir den jetzigen Krieg überleiten können in den Bürgerkrieg, daß wir denken können an die Eroberung der politischen Macht zusammen mit den Anstrengungen der Arbeiter in den anderen Ländern. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertreter der englischen Partei

(mit Beifall begrüßt)

führt aus: Ich überbringe euch die Grüße der Kommunistischen Partei Englands und wünsche der deutschen Partei den größten Erfolg. Der Erfolg gerade der deutschen Partei ist für die die Bruderparteien von besonderer Wichtigkeit, weil Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse die zentrale Lage im Kampf gegen Sowjetrußland beherrschen. In England nimmt die Krise der kapitalistischen „Ordnung" zu. Die Unmöglichkeit, die Ausbeutungspolitik in den Kolonialländern aufrecht zu erhalten, zwingt die britische Bourgeoisie, die Lage der Arbeiter in England andauernd zu verschlechtern. Die günstige Lage, die in Jahrzehnten vorher ein Teil der britischen Arbeiterklasse innehatte, ist endgültig vorüber. Eine viertel Million der britischen Bergarbeiter ist erwerbslos, 2 Millionen Arbeiter der britischen Arbeiterklasse sind seit vier und fünf Jahren ohne Arbeit. Die einzige Hoffnung der britischen Bourgeoisie, diese Lage zu bessern, ist die Wiederherstellung des britischen Weltreichs. Die britische Bourgeoisie sagt immer: Ja, die ganze Situation ist zurückzuführen auf die Propaganda der Bolschewiki; aber ich glaube, daß das nicht nur eine Frage der Propaganda ist, sondern es gibt in England ein Sprichwort: „Das Beispiel ist besser als die Propaganda." Und ich glaube, daß das russische Beispiel, das Beispiel der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in Rußland hundertmal wichtiger und bedeutsamer ist als all unsere Propaganda. Die Arbeiter und Bauern in Indien und China erwachen immer mehr, weniger dank der bolschewistischen Propaganda, als dank der wunderbaren Beispiele, die ihnen die Arbeiter und Bauern in Rußland selber gegeben haben.

Die britische Bourgeoisie ist sehr schlau, die britische Bourgeoisie ist sehr skrupellos. Wie sie im Jahre 1914 die Russen und andere Länder im Weltkrieg ausgenutzt hat, um den deutschen Imperialismus zu zerstören, so versucht jetzt die britische Bourgeoisie, das deutsche Proletariat und die deutsche Bourgeoisie im Kampf gegen Rußland zu gebrauchen. Ich glaube, daß die deutsche Bourgeoisie so dumm sein wird, sich als Retter des britischen Weltreiches herzugeben, aber ich glaube nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse bereit sein wird, einen Kampf gegen Sowjetrußland zu unterstützen.

Die britischen Arbeiter, das kann ich euch versichern, werden nie und nimmer einen Krieg gegen Sowjetrußland dulden (lauter Beifall). Die englischen Arbeiter, nicht nur die Kommunisten, sind sich klar, daß ihre Lage aufs engste mit der Lage der russischen Arbeiter und Bauern verbunden ist. (Bravo!)

Die britische Arbeiterklasse steht restlos hinter dem Bündnis der englisch-russischen Gewerkschaften. Die britische Arbeiterklasse steht auch restlos hinter der Forderung, die Gewerkschaftseinheit international wieder herzustellen, um so die Voraussetzung eines wirklich internationalen gewerkschaftlichen Kampfes sicherzustellen. Die britische Kommunistische Partei zählt nur 5000 Mitglieder. Aber ihr Einfluß ist weit größer, als wie es diese 5000 Mitglieder nach außen hin zeigen, denn jedes dieser Mitglieder ist wirklich ein aktiver Mitarbeiter der Partei, ein aktiver Kämpfer für den Kommunismus in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in allen Organisationen der britischen Arbeiterklasse. In der Gewerkschaftsbewegung sehn wir ein steigendes Wachsen der sogenannten „Minoritätenbewegung", und als Führer dieser ganzen Aktivbewegung innerhalb der Gewerkschaften wie in der gesamten britischen Arbeiterklasse sehen wir die Kommunistische Partei, die in allen Organisationen diese Bewegung vorantreibt, um so die britische Arbeiterklasse zu den Schritten zu bringen, die im Interesse der Weltrevolution notwendig sind.

Wir bauen in England eine Kommunistische Partei Englands, eine Sektion der Kommunistischen Internationale auf, ein Mitglied der großen Weltpartei, der auch ihr, deutsche Arbeiter, ihr, deutsche Kommunisten, angehört. Arbeiten wir daran, mit allen unseren Kräften, um in dieser Kommunistischen Internationale die wirkliche Einheit der gesamten Arbeiterklasse der Welt herzustellen.

Pieck (Zentrale):

Für die gefallenen Kämpfer des Proletariats soll in Friedrichsfelde, wo die Opfer der von der Sozialdemokratie geführten Konterrevolution begraben sind, ein Denkmal errichtet werden. Der Grundstein wurde bereits im Vorjahre gelegt. Die etwa 80 000 Mark betragenden Mittel sollen von der gesamten deutschen Arbeiterschaft zusammengetragen werden. 5000 Mark wurden von den Berliner Arbeitern bereits gesammelt. Die Bezirke werden aufgefordert, an den Sammlungen teilzunehmen.

Nachmittagssitzung.

Das Wort zu einer Begrüßung erhält der

Vertreter der Kuo-Min-Tang-Partei

(mit lebhaftem Beifall begrüßt).

Als Vertreter der Ku-Min-Tang-Partei überbringe ich Euch die brüderlichen Grüße der chinesischen Brüder.

Genossen und Genossinnen! Wir wissen, wie die Kapitalisten die Unterdrückten behandeln. Das ist Ausbeutung. Wir wissen auch, nach welcher Richtung wir stehen müssen und stehen sollen: das ist links, das ist bei Moskau. Die chinesischen Arbeiter und Bauern stehen schon in der Front gegen den Imperialismus und hoffen auf die Unterstützung des klassenbewußten Proletariats des Westens. Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Internationale Arbeiterhilfe haben wirkliche Solidarität gezeigt. Euch spreche ich den tiefsten Dank aus im Namen der Kuo-Min-Tang.

Zum Schluß begrüße ich Euch noch mit dem, was unser größter Führer sagte: Die Zukunft gehört uns!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, es lebe die Weltrevolution! (Lebhafter Beifall!)

Der revolutionäre Befreiungskampf in China.

Golke-Berlin:

Genossen und Genossinnen, wenn wir die Tagung des 10. Parteitages in Berlin haben, so hat das eine besondere Bedeutung speziell darin — und wir empfinden das mit besonderer Genugtuung —, daß der erste Parteitag der Kommunistischen Partei in demselben Hause in Berlin stattfand, daß ferner der Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 ebenfalls in Berlin stattfand.

Wenn wir als Berliner Organisation gegen Reformismus in den letzten Jahren, speziell in den Jahren von Levi bis Brandler, von Anbeginn bis Frankfurt gekämpft haben, so werdet Ihr verstehen, weshalb der Kampf notwendig war. Heute ist die Partei zum größten Teile gereinigt von opportunistischen Elementen. Wenn wir von Frankfurt bis Berlin als gefestigte Partei dastehen, so ist das zum großen Teil zu danken der Berliner Organisation, den Hamburger Genossen und den Genossen vom Ruhrgebiet. Die Berliner Organisation wird auch in Zukunft in alter Treue alles für die Partei, für die Kommunistische Internationale und für die Weltrevolution tun. In diesem Sinne begrüßt die Berliner Organisation den 10. Parteitag. (Lebhafter Beifall!)

Der Vertreter der italienischen Partei, Piccini:

überbringt die Grüße der italienischen Partei und des italienischen Proletariats. In Italien haben wir heute im Moment eine gewisse Stabilisierung des Faschismus. Vor einem Jahr, im Juni, nach der Ermordung Matteottis, war die Lage derart, daß man von einem Moment zum anderen den Sturz des Faschismus erwarten konnte. Eine ungeheure Volksbewegung entstand damals. Der bürgerliche Staat, der Faschismus selbst, befand sich im Zustande der Zerrüttung, der Demoralisierung und der Desorganisierung. Welches war die Taktik unserer Partei in jenem Moment? Unsere Partei trat zusammen gleichzeitig mit den bürgerlichen Demokraten und sozialdemokratischen Parteien aus dem Parlament aus. Es bildete sich von seiten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien der sogenannte Aventin. Die Parteien zogen sich vom Parlament zurück und erklärten, daß sie am faschistischen Parlament nicht mehr teilnehmen würden. Unsere Partei erklärte sogleich, daß das nicht genüge. Die Sozialdemokraten, Maximalisten, Reformisten und bürgerlich-demokratische Opposition taten nichts, denn sie sahen voraus, daß, wenn einmal das Proletariat in Bewegung käme, die Gefahr bestand, daß das gesamte bürgerliche Regime zum Sturz kommen würde. Unsere Partei schlug zwei Monate nach der Ermordung Matteotti's den Sozialdemokraten und der bürgerlichen Opposition vor, ein Gegenparlament zu konstruieren. Die bürgerlich-demokratischen Parteien und die Sozialdemokraten lehnten den Vorschlag der Kommunistischen Partei ab und verblieben in ihrer passiven Resistenz. Die Aktion der bürgerlichen Opposition bis Ende vorigen Jahres reduzierte sich auf die Pressekampagne, die die „moralische Frage", wie sie sagten, zum Mittelpunkte hatte. Diese passive untätige Taktik des Aventin hatte zur Folge, daß der Faschismus langsam erstarkte. Anfang Januar hielt Mussolini die berühmte Rede, in der er offen erklärte, daß er der politischen Kampagne der Opposition nicht nachgeben, sondern jetzt die Gegenoffensive ergreifen würde.

Von jener Rede vom 3. Januar an beginnt faktisch die Gegenoffensive des Faschismus, die heute dazu geführt hat, daß der Faschismus vorübergehend konsolidiert ist. Es wurde das Pressegesetz angenommen, das faktisch die Pressefreiheit aufhebt. Die Presse ist der Willkür der lokalen Staatsorgane ausgesetzt. Ein zweites Gesetz ist das Gesetz gegen die Staatsbeamten: alle Staatsbeamten, die nicht für den Faschismus sind, können ohne weiteres abgesetzt werden. Drittens soll das Gesetz gegen die Geheimorganisationen angeblich gegen das Freimaurertum gerichtet sein. Aber natürlich wird es in erster Linie gegen die Kommunistische Partei angewandt werden.

Die Taktik, die unsere Partei in dieser Periode verfolgt, hat große Erfolge erzielt. Die Taktik der Partei, die darauf gerichtet war, den Kampf gegen den Faschismus und die bürgerliche Opposition zu führen und den reaktionären Charakter der bürgerlichen Opposition den Massen zu zeigen, hat zur Folge gehabt, daß ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der Arbeiterschaft, heute im Gefolge der Kommunistischen Partei steht und auf das politische Programm der Kommunistischen Partei orientiert ist. Ich nenne folgende Symptome:

Die Betriebsrätewahlen in Turin haben die absolute Mehrheit der KPI. gezeigt. Auch bei den Betriebsrätewahlen in der großen Automobilfabrik Fiat hat unsere Partei die Mehrheit erobert. In Mailand, das immer die Hochburg der Sozialdemokratie war, hat unsere Partei bei den letzten Wahlen in der Metallarbeitergewerkschaft, wenn nicht die absolute, so die relative Mehrheit davongetragen.

So hat die taktische Taktik unserer Partei die besten Resultate gebracht. Vor einem Monat hat unsere Partei einen neuen Vorschlag an die linke Gruppe der Opposition, an die Sozialdemokraten, Reformisten, Maximalisten, Republikaner und andere kleine linksoppositionelle Gruppen gerichtet mit Forderungen, mit Losungen, die auch von der Sozialdemokratie angenommen werden müßten.

Ich will jetzt die innerparteiliche Situation erwähnen. Unsere Partei befindet sich im gegenwärtigen Moment in einer krisenhaften Lage. Ihr wißt, daß in unserer Partei eine Ultralinke besteht, deren Führer Genosse Bordiga ist. Bis zum 5. Weltkongreß war es die Absicht der 3. Internationale, den Genossen Bordiga für die Mitarbeit an der Zentrale auf Grund des Programms der taktischen Richtlinien der Komintern zu gewinnen, und die Krise, die schon seit zwei Jahren in der Partei besteht, auf diese Weise zu lösen. Genosse Bordiga weigerte sich auf dem 5. Weltkongreß, in die Zentrale einzutreten und mit den anderen Genossen an der Durchführung des Programms der Komintern mitzuarbeiten. Er erklärte sich jedoch bereit, an der Peripherie an der Durchführung des Programms mitzuarbeiten. Diese Lage ließ die Krise offen. Es bildete sich ein latenter Fraktionismus heraus. Wir hatten schon gelegentlich der Trotzki-Debatte eine Manifestation dieses Fraktionismus des Genossen Bordiga. Wie ihr wißt, hat Genosse Bordiga sich voll und ganz mit Trotzki solidarisiert. Die Lage in der Partei hat sich in den letzten Wochen zugespitzt, als die Parteizentrale den Beschluß faßte, die Diskussion für den Parteitag einzuleiten. Es konstituierte sich das Intesa Comitato, das daran ging, Verbindung mit der Peripherie herzustellen und Fraktionsgruppen in allen Bezirken und Ortsgruppen zu bilden. Die italienische Ultralinke ist in erster Linie gegen die Auffassung der Kommunistischen Partei über das Wesen der Partei und der Beziehungen zur Masse. Für Bordiga und seine Freunde ist die Partei nicht die Vorhut des Proletariats, sondern das Organ, wie sich Genosse Bordiga ausdrückt, das die durch den Klassenkampf hervorgerufenen Antriebe der Individuen und der Gruppen synthetisiert und vereinigt. Die Ultralinke in Italien zeigt mit dieser Formel, daß sie einen der wichtigsten Hauptpunkte unserer kommunistischen Auffassung einer Revision unterzieht. In einer Periode der relativen Stabilisierung, wo der revolutionäre Schwung der Arbeitermassen etwas eingeschlafen ist, treten unter den Intellektuellen gewisse Zweifel an der revolutionären Fähigkeit des Proletariats auf. Dies kommt auch in einem anderen Punkt des Programms der Ultralinken zum Ausdruck. Genosse Bordiga und seine Freunde sind absolut gegen die Umstellung der Partei auf Betriebszellen. Nach der Ansicht des Genossen Bordiga ist die Umstellung auf die Grundlage der Betriebszellen eine reaktionäre Tendenz. Bordiga meint, daß auf dieser Basis die reaktionären Organisationen, die Gewerkschaften, die er dazu rechnet, die Labour Party, auf dieser Grundlage beruhen. Abgesehen davon, daß das falsch ist und Gewerkschaften und Labour Party nicht auf dieser Grundlage organisiert sind, deutet das darauf hin, daß Genosse Bordiga nicht die revolutionäre Bedeutung dieser Reorganisation begreift.

Genosse Bordiga und seine Freunde sind im allgemeinen gegen die leninistische Taktik, sind ferner gegen die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften. Die ganze Taktik der Ultralinken in Italien steht im vollsten Widerspruch zu der taktischen und allgemein-politischen Einstellung der Kommunistischen Internationale. Genosse Bordiga und seine Freunde erklären, daß sie in ihrer Stellungnahme dadurch gestärkt werden, daß in den anderen Parteien auch eine ähnliche Bewegung besteht. Einige Freunde Bordigas haben sogar angedeutet, daß ihre Fraktion auch nach dem Parteitag weiter bestehen wird, wenn die internationale Lage, die Lage in den übrigen Parteien dies ermöglicht. Diese Leute rechnen absolut auf eine Unterstützung von seiten der ultralinken Elemente in den anderen Parteien. Die Entscheidungen, die der deutsche Parteitag treffen wird in bezug auf die innerparteiliche Lage, in bezug ultralinker Tendenzen, werden große

Anschliessend an den 10. Reichsparteitag der KPD.
findet eine

Reichsjugendkonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Die KPD. und der kommunistische Jugendverband.
2. Die Gewerkschafts- und Betriebszellenarbeit des KJVD. und die Partei.

Für die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden Richtlinien vorgelegt.

Teilnehmen müssen alle Pol.-Leiter der Parteibezirke und je ein Vertreter jedes KJV.-Bezirks (KJ.-Sekretär resp. Pol.-Leiter).

Pol.-Büro der KPD. / ZK. des KJVD.

Berlin, den 3. Juli 1925.

Rückwirkungen auf unsere Partei haben. Sie werden dazu beitragen, daß die Parteien der Kommunistischen Internationale zu einer einzigen bolschewistischen Weltpartei zusammengeschlossen werden. (Beifall.)

Das Wort erhält der

Vertreter der chinesischen Kommunistischen Partei.

(Lebhafter Beifall. Der Parteitag singt stehend die Internationale.)

Genosse Hsia (China): Ich überbringe euch die wärmsten und revolutionärsten Grüße der chinesischen kommunistischen Partei. (Lebhafter Beifall.)

Es gereicht mir zur großen Ehre und Freude, als Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas dem 10. Parteitag der KPD. unsere aufrichtigsten Grüße und Glückwünsche zu entbieten. Ich möchte die mir gebotene Gelegenheit benutzen, um vor dem Parteitag in kurzen Zügen die Erfahrungen der letzten Aufstandsbewegung in China zu schildern.

1. Die wahren Träger der Revolution können nur die Arbeiter- und Bauernmassen Chinas sein.

2. Die angeblich mit der Revolution sympathisierenden Studenten, Intellektuellen und Kaufleute haben nicht den Willen und die Kraft, die Revolution bis zum siegreichen Ende durchzuführen, was durch folgende Tatsachen bewiesen wird:

a) Die Kaufleute fordern schon jetzt eine Milderung oder sogar eine Aufhebung des Boykotts auf die ausländischen Waren, weil sie einen Rückgang ihrer Geschäfte fürchten.

b) Ein Teil der Intellektuellen fordert die Einberufung einer Konferenz nach Schangkai, um durch Verhandlungen zu einer Regelung der schwebenden Streitfragen zu kommen.

c) Ein Teil der in der Heimat weilenden chinesischen Studenten hat Telegramme nach allen größeren Städten Chinas gerichtet, in denen gesagt wird, daß die Aufstandsbewegung sich nur gegen den ausländischen Imperialismus richtet. Es geht daraus hervor, daß einem Teil der Studenten das Verständnis für die Beziehungen zwischen dem ausländischen Imperialismus und den gegenwärtigen Machthabern Chinas fehlt.

Alle diese Anzeichen deuten auf eine Kapitulation der herrschenden Klasse Chinas vor den imperialistischen Mächten hin. Ganz im Gegenteil dazu finden sich die unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen in unbeschränkter Feindschaft sowohl gegen den ausländischen Imperialismus als auch gegen die Unterdrücker im eigenen Lande.

3. Es hat sich herausgestellt, daß nur zwei Parteien tatsächlich revolutionär genannt werden können, und zwar ist dies die Kuo Min Tang, die durch die Führung Dr. Sun Yat Sens und durch seine Lehre im Laufe der Zeit mit revolutionärem Geiste erfüllt worden ist, und auf der anderen Seite die heute noch kleine Kommunistische Partei Chinas. In der letzteren ist der aktivste Teil der revolutionären Vorhut der kommenden proletarischen Revolution.

4. Von den beiden in China augenblicklich nebeneinander bestehenden Regierungen ist diejenige in Peking infolge der letzten Aufstandsbewegung gezwungen worden, sich offen und endgültig als konterrevolutionär zu bekennen. Auf der anderen Seite sind wir nunmehr überzeugt, daß wir es in der südchinesischen Regierung in Kanton mit einer Regierung zu tun haben, die es mit der Revolution wirklich ernst meint.

5. Wenn die jetzige Aufstandsbewegung nicht den erwarteten Erfolg gehabt hat, so ist dies auch darauf zurückzuführen, daß das chinesische Proletariat versucht hat, die Revolution ohne Kampfhilfe durchzuführen. Wir haben aus dieser Tatsache die Lehre gezogen, daß ein späterer Aufstand uns nur dann den Erfolg bringen kann, wenn wir ihn mit der Waffe in der Hand führen. (Lebhafter Beifall.)

6. Was unsere Erfahrungen in bezug auf das Ausland betrifft, so freut es mich, hier erklären zu können, daß wir erst jetzt voll und ganz empfunden haben, wie stark die Solidarität des internationalen Proletariats ist und mit welcher Sympathie besonders unsere Brüder in Rußland und Deutschland unseren nationalen Freiheitskampf verfolgt haben. Ganz besonders danken wir unseren deutschen Genossen, daß sie uns nicht nur mit Sympathie-Telegrammen, sondern auch durch praktische Hilfe in jeder Beziehung bewiesen haben, daß sie gewillt sind, ihre chinesischen Arbeitsbrüder bei ihrem Freiheitskampf zu unterstützen.

7. Andererseits haben wir persönlich erfahren, daß die herrschenden Klassen aller Länder und die Parteien der internationalen Bourgeoisie trotz oftmals geheuchelten Interesses stets bereit sind, sich gegenseitig beim Kampfe zur Unterdrückung des chinesischen Volkes beizustehen, genau wie sie sich im Kampfe gegen den Kommunismus unterstützen. (Beifall!)

8. Wir haben ferner erfahren, daß die internationale Bourgeoisie mit ihren Unterdrückungsmaßnahmen von den Sozialpatrioten aller Länder, die sich zu Lakaien des Imperialismus erniedrigt haben, unterstützt wird. Die deutschen Sozialdemokraten verraten China, die französischen Sozialdemokraten verraten Marokko. Die sozialdemokratische Presse in der ganzen Welt hat für unsere nationale Freiheitsbewegung nur Spott und Hohn und sogar offene Feindschaft übrig gehabt. Unser Telegramm an die 2. Internationale in Amsterdam ist wirkungslos geblieben.

Der Sieg der chinesischen Revolution kann nur errungen werden, wenn uns das internationale Proletariat mit allen Kräften unterstützt. Die internationale Bourgeoisie und der Feudalismus (der Imperialismus und der Militarismus) sind überall unsere Todfeinde. Siegt das chinesische Proletariat, so bedeutet dies auch einen Sieg des internationalen Proletariats. Daneben weiß die KP. Chinas, daß ihre augenblickliche historische Aufgabe darin besteht, mit Rücksicht auf die zurückgebliebene industrielle Entwicklung, zusammen mit der Kuo-Min-Tang zu arbeiten. Die KP. Chinas ist noch jung, die Zahl ihrer Mitglieder ist vorläufig noch gering. Trotzdem hat sie einen äußerst großen Einfluß bei den Arbeiter- und Bauernmassen, die infolge der jahrelangen Unterdrückung durch den ausländischen Imperialismus ganz besonders empfänglich für die kommunistische Propaganda geworden sind. Die Erfolge der KP. Chinas sind deshalb, wenn wir offen gestehen sollen, nicht darauf zurückzuführen, daß wir tüchtiger wären als die Bruderpartei eines anderen Landes, sondern die ökonomischen Bedingungen arbeiten für uns. Wir sind im Begriff, den Endkampf vorzubereiten, der uns bevorsteht, wenn wegen der chinesischen und der europäischen Frage der nächste imperialistische Krieg ausbricht. Auch wenn es gegen Sowjetrußland geht, wollen wir nicht untätig beiseite stehen.

Genossen und Genossinnen, nach einer heutigen Meldung der „Roten Fahne" hat eine Massenversammlung der Rotarmisten in Moskau folgendes Schreiben an Frunse gerichtet:

„Wir sind erstarkt, sind stets kampfbereit. Im beliebigen Augenblick sind wir bereit, die Kampfstellungen zu besetzen, um diejenigen abzuwehren, die den friedlichen Aufbau des Sowjetlandes zu stören versuchen."

Ein Schreiben derselben Versammlung an das Generalkomitee der KPR. erklärt, daß, falls die feste Friedenspolitik der Sowjetmacht vergeblich und die Sowjet-Union gezwungen sein sollte, sich mit bewaffneter Hand zu wehren, die Rote Armee der ganzen Welt ihre Bereitschaft beweisen wird, die Errungenschaften der Oktober-Revolution zu schützen.

Dieser Erklärung können wir chinesischen Kommunisten uns nur voll und ganz anschließen. Es lebe der 10. Parteitag der KPD.!

Es lebe die Weltrevolution!

(Langanhaltender, sich immer wiederholender Beifall!)

Der Vertreter des Jungspartakusbundes

(mit langanhaltendem Beifall empfangen.)

(Ein 12jähriger Genosse.)

Genossen und Genossinnen! Ich möchte hiermit als Vertreter des Jungspartakusbundes dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei unsere Kampfesgrüße überbringen. Der Jungspartakusbund wünscht, daß der 10. Parteitag an Erfolgen reich sein wird. Wenn die klassenbewußten Arbeiterkinder eine Vertretung zum Kommunistischen Parteitag senden, so muß das einen Grund haben. Die Kämpfe der erwachsenen Arbeiter sind auch die Kämpfe der Proletarierkinder. Wenn unsere Väter leiden und streiten, müssen auch wir mitleiden und auch mitkämpfen. Die Siege der klassenbewußten Arbeiter sind auch die Siege der Arbeiterkinder. Deshalb beteiligen wir uns an den Veranstaltungen der Partei. Wir haben auch gesehen, daß der Jungspartakusbund seine in Weißensee sich selbst gestellten Arbeiten in diesem Jahre sehr gut erfüllt hat. Er hat zu allen Veranstaltungen mit der Partei zusammengehandelt und hat am 1. Mai für den Achtstundentag, für die Amnestie und für alle Forderungen der Arbeiter gekämpft. Der Jungspartakusbund hat in den Schulen zu kämpfen gegen die reaktionären Lehrer und Direktoren. In Thüringen ist er verboten, weil er den Schulen über den Kopf gewachsen ist. (Bravo! Lebhafter Beifall!) Weil er es verstanden hat, die Arbeiterkinder für sich zu bewegen und gegen die reaktionären Lehrer zu kämpfen. In Bayern hat die reaktionäre Regierung den Jungspartakus überhaupt nicht groß werden lassen, sondern sofort im Keime erstickt. Dann haben wir in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse große Hetzartikel gegen uns gelesen. Dabei waren Bilder zu sehen mit der Unterschrift: „Die Kinder werden zu kommunistischen Zwecken mißbraucht." Das ist für uns eine Ehre. Darin sehen wir, daß wir wirklich gearbeitet haben. (Bravo, Beifall!) daß wir wirklich des Namens Jungspartakusbund würdig sind. Wenn wir noch stärker werden wollen, wenn wir wirklich eine Massen-Arbeiterkinderbewegung werden wollen, müssen wir mehr die Unterstützung der erwachsenen Arbeiterschaft und besonders der Kommunistischen Partei haben. Wenn wir erst das haben, werden wir später der Kommunistischen Partei eine große Reservearmee sein, die dann die alten Genossen von ihren Posten ablösen und die Weltrevolution zum Ende führen wird. (Lebhafter Beifall! Händeklatschen!)

Material, verteilt am Montag, 13. Juli

Nr. 36. „Die Rote Fahne am Montag", Nr. 27.
Nr. 37. Parteitags-Bulletin, Nr. 1 und 2.
Nr. 38. Resolution über die Tätigkeit der Zentrale.
Nr. 39. „Die Welt am Abend", Nr. 161 vom 13. Juli 1925.
Nr. 40. „Der Bauarbeiter", Nr. 15 vom 18. Juli 1925.
Nr. 41. Ausstellungs-Katalog von Zentral-Agitprop.

Delegierte und Gäste, die vorstehendes Material noch nicht erhalten haben, wenden sich an Genossen Engel, Zimmer 23 (Wandelgang.)

Die Delegierten werden gebeten, das Bulletin zur Berichterstattung zu sammeln. Mitteilungen und Zuschriften an die Redaktion sind an den Genossen Remmele zu richten.